

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 33.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 19. August 1911.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Corneliustr. 66. Expedition u. Druck von Joh. van Nieuwen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Rentnerstaat, Rentensucht.

Das sind zwei Schlagwörter, die in letzter Zeit öfters in der Scharfmacherpresse zu lesen sind. Diese stand ja unserer Sozialversicherung nie feindlich gegenüber. Jahrelang seufzte sie über die „drückenden Lasten“, über die „Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt“. Heute versängt dieses Gejammer nicht mehr. Es ist zu offensichtlich, welche glänzenden Aufschwung unsere Industrie gerade seit dem Inkrafttreten der Arbeiterversicherungsgeetze genommen hat. Auch sind andere Industriestaaten jetzt im Begriff, uns auf dem Gebiete der staatlichen Zwangs-Arbeiterversicherung zu folgen. Von einer einseitigen Belastung der deutschen Industrie zugunsten des Auslandes kann also nicht mehr gut die Rede sein. Darum wohl sucht die obengenannte Presse nunmehr andere Momente gegen die Sozialversicherung ins Feld zu führen. Deutschland entwickelte sich zum Rentnerstaat; die Rentensucht nehme unter der Arbeitererschaft überhand, Latakraft, Arbeitslust und Verantwortlichkeitsgefühl seien mehr und mehr im Schwinden begriffen. So lauten die Einwände.

Sie werden vor allem versucht von der „Deutschen Industrie-Zeitung“, dem Organ des Zentralverbandes Deutscher Industrieller. Dieser war der geistige Vater der Zuhthausvorlage unseligen Andenkens, er hat auch jetzt wieder einen Vorstoß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter unternommen. Das besagt genug bezgl. seiner Stellung zu Arbeiterfragen. So ist die Stellung der „Industrie-Zeitung“ zur Arbeiterversicherung auch nicht weiter verwunderlich. Wir geben nachstehend auszugsweise einige Äußerungen wieder, die in Nr. 25/1911 der „Industrie-Zeitung“ zu finden sind:

„Die Gewerbefreiheit und die Freiheit des Arbeitsvertrages sind es gewesen, die unser Wirtschaftsleben haben erblühen machen; die Gewerbefreiheit, die das Emporkommen jedes Einzelnen ermöglichte, und die Freiheit des Arbeitsvertrages, die das Verantwortlichkeitsgefühl eines jeden sich selbst und den Seinen gegenüber stärkte, ihn antrieb, seinerseits das Bestmögliche zu leisten, soviel wie möglich zu schaffen. Seitdem aber Deutschland zu einem ganz großen Teil zum Rentnerstaat auf allen möglichen Gebieten geworden ist und durch die fortwährende weitere Ausdehnung der Sozialversicherung immer mehr wird, ist das Verantwortlichkeitsgefühl in stetem und erschreckendem Sinken begriffen. . . . Je mehr versichert wird, je mehr durch die Versicherung geleistet wird, um so geringer wird das Streben, aus Eigenem etwas zu werden, um so größer die Sorglosigkeit, der Leichtsin, um so größer auch die Gewissenlosigkeit, sehr zum Schaden der sozialen Einrichtungen selbst. . . . Man braucht aber auch nur einen kleinen Schritt zu weit zu gehen, . . . und man wird durch die Unterbindung jedes Selbständigkeitsbewusstseins, jedes Verantwortlichkeitsgefühls und jedes Strebens unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung einen Hemmschuh anlegen, der schlimmer ist als die unmittelbare, aus der Versicherung entspringende Belastung.“

Weiter zitiert das genannte Organ zustimmend einiges aus dem Bericht der Seidenberufsgenossenschaft vom Jahre 1910, worin es u. a. heißt:

„Wie oft fehlt der gute Wille bei den verletzten Arbeitern, nach Beendigung des Heilverfahrens unter Ausnützung der vorhandenen Arbeitsfähigkeit die Arbeit im früheren Umfange, oder doch soweit dies die Folgen der Verletzung zulassen, wieder aufzunehmen. Das Streben, sich dauernd eine möglichst hohe Rente zu sichern, wird immer allgemeiner, und selten findet sich bei den verletzten Personen die Erkenntnis ihrer ganz selbstverständlichen Pflicht, selbst alles zu tun, um ihre vollständige Wiederherstellung oder doch die größtmögliche Besserung ihres Zustandes zu erreichen. Nicht selten findet sich sogar direkter Widerstand gegen die ärztlichen Anordnungen im Heilverfahren.“

Gegen die in diesen Behauptungen zutage tretenden Bestrebungen, unsere Arbeiterversicherung zu mißkreditieren, wie auch gegen die

Beleidigungen, die hier der gesamten Arbeiterschaft ins Gesicht geschleudert werden, müssen wir ganz entschieden protestieren. Inwieweit sind diese Behauptungen denn gerechtfertigt?

Gewiß, wir wollen nicht verkennen, daß eine Uebertreibung des Versicherungsprinzips, vor allem eine übermäßige Ausdehnung des Versicherungskreises, die Expansionskraft eines Volkes zu beeinträchtigen, und daß die Aussicht, eine Rente zu erlangen, die persönliche Tatkraft und Energie des Einzelnen unter Umständen zu vermindern vermag. Daß das aber heute schon, bei dem jetzigen Umfang der Arbeiterversicherung und der Höhe der Leistungen, in nennenswerten Maße der Fall ist, kann nicht behauptet werden. Das zeigt sich an der Hand einer kürzlich vom „Zentralblatt“ aufgestellten Berechnung. Deutschland zählte 1882 bei einer Bevölkerung von 45 222 113 Personen 810 458 Rentner und Pensionäre, das ist ungefähr 2% der Gesamtbevölkerung. 1907 waren bei 61 720 529 Personen 2 278 022 Rentner und Pensionäre, das sind 3,7% der Bevölkerung. Während also die Bevölkerung Deutschlands von 1882—1907 um 36,5% stieg, wuchs der Anteil der Rentner und Pensionäre an derselben um etwa 88%. Gewiß eine beträchtliche Steigerung. Dabei ist aber das deutsche Volksvermögen ebenfalls in derselben Zeit von 150 auf mindestens 300 Milliarden Mark gestiegen.

Wie groß ist nun der Anteil der Personen, die von einer Rente aus der Arbeiterversicherung leben, an obengenanntem Prozentsatz der Rentner und Pensionäre? Genaue Zahlen lassen sich nicht feststellen. Berücksichtigen wir aber, daß von 1885 bis 1907 die Leistungen der gesamten Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Alters- sowie Krankenversicherung) 6 1/4 Milliarden Mark betragen (worin auch die kleinste Einzelleistung miteingerechnet ist), und ferner, daß beispielsweise im Jahre 1909 der Durchschnittsbetrag bei den bewilligten Invalidentrenten 174,80, bei den Krankrenten 174,15 und bei den Altersrenten 163,58 Mark betrug, so bedarf es wohl keiner umständlichen Berechnung mehr zum Beweise dafür, daß der Anteil von Arbeiterversicherungs-„Rentnern“, d. h. solchen, die von Zuwendungen aus dieser Versicherung leben, an der Gesamtzahl der Rentner und Pensionäre kein übermäßig großer gewesen sein kann.

Daraus geht schon hervor, daß es eine Unverfrorenheit ist, bezüglich unserer Arbeiterversicherung von einer Entwicklung Deutschlands zum Rentnerstaat zu sprechen. Ebenjowenig kann von einer Unterbindung des Selbständigkeitsbewusstseins, des Verantwortlichkeitsgefühls und des Vorwärtsstrebens unter der Arbeiterschaft die Rede sein. So hoch sind die Renten nicht bemessen und so leicht sind sie nicht zu erlangen, daß sie die von der „Industrie-Zeitung“ behauptete Wirkung haben könnten. In den weitaus meisten Fällen sind die Rentenbezieher gezwungen, die ihnen verbleibende Erwerbsfähigkeit auszunutzen. Sie tun es in der Regel auch gern, wenn ihnen Gelegenheit hierzu geboten wird. Derartige Gelegenheit zu leichter Nebenbeschäftigung zu schaffen, wäre eine dankbare Aufgabe für Staat und Kommune. Wir sind überzeugt, sie würde benutzt werden.

Und wenn die Arbeiterversicherung auch mal unangenehme Begleiterscheinungen zeitigt, sie werden durch die segensreiche Wirkung derselben hundertfach aufgewogen. Schon das Bewußtsein, in den Wechseljahren des Lebens vor der größten Not gesichert zu sein, ist geeignet, die Tatkraft zu stärken, Arbeitslust und Arbeitsfreude zu heben. Mögen es unsere Scharfmacher auch bestreiten, Tatsache ist, daß unsere Sozialversicherung auch nach der Richtung

Was aber von ganz besonderer Wichtigkeit ist: die Gesundheit und Lebenskraft unserer Arbeiterschaft und damit auch deren Widerstands- und Leistungsfähigkeit werden durch die Arbeiterversicherung ganz bedeutend gehoben, zum Nutzen der Arbeiterschaft und der Industrie. Die Arbeiterversicherung greift nicht nur helfend ein in Krankheits- und Invaliditätsfällen und Verletzungen, sie zielt auch mehr und mehr darauf hin, solche Störungen des Erwerbslebens möglichst zu verhüten. Durch ihre Statistik sucht sie Hergang, Ursachen und Folgen derartiger Störungen zu ergründen, um die Wege zu weisen zu ihrer Behebung. Es sei nur kurz erinnert an ihre Maßnahmen zur Bekämpfung der Unfallgefahren, der Tuberkulose, der Trunksucht, der Geschlechtskrankheiten, an ihre Verdienste zur Behebung des Wohnungslebens usw. Welche Annahme von Volkswohlfahrt und Volkskraft steckt in dieser Tätigkeit unserer Sozialversicherung! Was bedeuten gegenüber diesen durch die Sozialversicherung geschaffenen volkswirtschaftlichen Werten die eventuellen von der Scharfmacherpresse geistlich übertriebenen Nachteile der Arbeiterversicherung?

Sehr sonderbar nimmt sich dann gerade bei der „Industrie-Zeitung“ die Verherrlichung der Gewerbefreiheit, der Freiheit des Arbeitsvertrages, des Selbständigkeitsbewusstseins usw. aus. Ist doch der Zentralverband Deutscher Industrieller als wirtschaftliche Interessenvertretung der Großindustrie der rücksichtsloseste Vertreter des industriellen Schutzolls und des Kartellgedankens. Und gerade diese Kartellbildungen mit ihren Produktionsregelungen und Preisconventionen haben nicht nur die Aktionsfreiheit des einzelnen Unternehmens eingeschränkt, sondern auch den breiten Volksschichten Opfer auferlegt zum wirtschaftlichen Vorteil eines verhältnismäßig kleinen Personenkreises. Diese Kreise haben also am allerwenigsten Veranlassung, vor dem angeblichen „Rentnerstaat“ zu warnen. Wenn sie den volkswirtschaftlichen Nutzen des Schutzolls und der Kartellbildungen rühmen, so sagen wir, daß die Erhaltung eines gesunden und leistungsfähigen Arbeiterstandes an volkswirtschaftlicher Bedeutung ungleich höher steht.

Nun noch einiges über die angebliche Rentensucht des Arbeiters. Wir wollen gewiß auch hier nicht verkennen, daß auch in der Arbeiterversicherung Mißstände und Mißbräuche nach der Richtung zu verzeichnen sind. Solche gibts in allen Institutionen, selbst dann, wenn diese sich nur aus Angehörigen der „besseren“ Stände zusammensetzen. Man sollte sich deshalb auch hinsichtlich der Arbeiterversicherung vor solch beleidigenden Uebertreibungen und Verallgemeinerungen hüten. Der deutsche Arbeiter besitzt im allgemeinen doch ein recht gut entwickeltes Selbstbewußtsein und Ehrgefühl. Verdienst durch Arbeit ist ihm lieber, als Kostgänger der Arbeiterversicherung zu sein. Und selbst wenn er, objektiv betrachtet, mal zu Unrecht Rente erstrebt, ist immer noch zu berücksichtigen, ob er nicht der ehrlichen subjektiven Ueberzeugung ist, solche beanspruchen zu können. In letzterem Falle kann von Rentensucht immer noch nicht gesprochen werden. Man denke sich mal in die Lage eines Unfallverletzten hinein. Der Mann hat vielleicht einige Finger, die Hand oder ein sonstiges Glied verloren. Mit Allgewalt erfaßt ihn der Gedanke, ein Krüppel sein Leben lang zu sein. Er denkt an seine Familie, seine Zukunft. Vielleicht, daß er in seiner früheren Arbeitsstätte wieder unterkommt. Aber er bleibt abhängig; bei eventueller Entlassung wird er nicht so leicht wieder irgendwo anders Beschäftigung erhalten. Das alles lastet wie ein Alp auf ihm. Was wunder, wenn dieser Arbeiter die Höhe seiner Erwerbsbeschränkung und der ihm zustehenden Rente

ganz anders einschätzt, wie die gänzlich uninteressierten Instanzen, die über letztere zu entscheiden haben, wenn er darnach strebt, eine ihm angemessene erscheinende Rente zu erreichen.

Wohl aber ist das Vorgehen mancher Arbeitgeberkreise geeignet, die Ansprüche an die Arbeiterversicherung mehr wie nötig zu erhöhen. Heute werden nicht mehr voll leistungsfähige, kräftliche, schwächliche oder ältere Personen vielfach kurzerhand entlassen.

Zum Schluß noch eins. Mit der wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Hebung der Arbeitermassen wird sich u. E. eine eventuelle Gefahr der Rentensucht mit ihren schädlichen Begleiterscheinungen noch verringern.

Aus dem Bericht der rheinisch-westfälischen Textilberufsgenossenschaft für 1910.

Die Berichte der Unfall-Berufsgenossenschaften enthalten bekanntlich ein recht interessantes Material. Die anscheinend trockenen Zahlen geben uns Aufschluß über Stand und Entwicklung der Industrie und der von ihr beschäftigten Arbeitermassen, über die Entwicklung der Arbeitslöhne und über das „Schlachtfeld“ der Arbeit.

Betriebe waren vorhanden 2880 gegen 2768 und Arbeiter 153532 gegen 148839 im Jahre 1909. Das macht ein Mehr von 112 Betrieben und 4693 Arbeitern.

Table with 6 columns: Sektion, Betriebe, Arbeiterzahl, Lohnsummen, Durchschnittslohn 1907, 1909, 1910. Rows include Düsseldorf, M.-Glabb., Oberfeld, Barmen, Vennep, Wachen, Münster and a Summa row.

Bemerkenswert ist die geringe Steigerung des Durchschnittslohnes gegenüber dem Vorjahr. Sie betrug im Gesamtgebiet der Berufsgenossenschaft 1909 24 M., 1910 aber nur rund 7 M.

Überwachung der Betriebe und Zuwiderhandlungen gegen die Unfallverhütungsvorschriften.

Die beiden von der Berufsgenossenschaft angeordneten technischen Revisionsbeamten nahmen insgesamt 2895 Revisionen vor. Die vorgefundenen Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften bezogen sich auf

insgesamt 1977. Der Bericht hebt hervor, daß „durch Nachlässigkeit, Bequemlichkeit und Gleichgültigkeit“ der Arbeiter und auch teilweise der Arbeitgeber selbst, vorhandene Schutzvorrichtungen vielfach nicht benutzt oder abgenommen und abgenutzte und zerbrochene nicht erneuert werden.

Den höchsten Prozentsatz der Beanstandungen lieferten fehlende oder mangelhafte Räderverdecke. Eine schärfere Aufsicht seitens der Betriebsunternehmer, bezw. der Meister sei dringend nötig.

In einigen Betrieben konnte der Aufsichtsbeamte feststellen, daß Arbeiter Schutzvorrichtungen unbrauchbar gemacht hatten, bezw. dieselben nicht benutzten. Hierzu gehörten aufgeklappte und festgebundene Schützenfänger, festgestellte Sicherungen der Einrückstange an Selbstwinnern, abgenommene Schutzstangen vor Kalanderwalzen usw.

Wenn wir diese Zuwiderhandlungen anführen, so geschieht es, um die Arbeiter und Arbeiterinnen zu mahnen. Berücksichtigen wir die vorhandenen Schutzvorrichtungen und Unfallverhütungsvorschriften, auch dann, wenn sie uns manchmal etwas un bequem sind.

Betriebsunfälle

wurden 2215 gemeldet gegen 2218 im Jahre 1909. Erstmalig entschädigt wurden 434 gegen 430 im Vorjahr. Unfälle mit tödlichem Ausgang waren 12 zu verzeichnen, 1909 deren 9.

Als Unfallursachen werden angegeben: Durch Schuld des Arbeitgebers infolge mangelhafter Betriebseinrichtung oder fehlender oder mangelhafter Schutzvorrichtungen 19 Unfälle; durch Schuld des Arbeiters 301 Unfälle, davon verschuldet durch Unachtsamkeit, Unachtsamkeit und Unvorsichtigkeit 201, durch Nichtbeachtung oder Beseitigung vorhandener Schutzvorrichtungen 4, durch Handeln wider die bestehenden Vorschriften, Bestimmungen und Anweisungen 93, durch Leichtsinn, Spielerei, Rederei und Trunkenheit 3; auf die Schuld von Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind 9 und auf die Schuld von Mitarbeitern und andern Personen 13 Unfälle zurückzuführen; 64 Unfälle endlich resultieren aus den „allgemeinen Betriebsgefahren“ und 27 aus „sonstigen Ursachen“.

Anfallend an dieser Zusammenstellung ist, was auch hier wiederum alles als „Schuld des Arbeiters“ gebucht wird. Wir haben in der vorletzten Nummer unseres

Organs schon dargelegt, daß dieses von den Berufsgenossenschaften eingeschlagene Verfahren nicht einwandfrei ist. Mander von den den Arbeitern zur Last gelegten Unfällen wäre eigentlich auf das Konto der Betriebsleitungen oder der Vorgesetzten des Arbeiters zu buchen.

Jammernde Genossen.

Der „Textilarbeiter“, das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, befaßt sich in seiner Nummer 29 gleich in zwei Artikeln wieder mal mit den „bösen Christlichen“ in M.-Glabbach.

Der am 2. April gefasste Beschluß, in Zukunft die Sozialdemokraten nicht mehr zu unieren Versammlungen zuzulassen, sowie die strikte Durchführung derselben ist den Gegnern scheußlich un bequem. Früher konnte man so schön zu den Fabrikversammlungen hingehen und seine Reden an den Mann bringen, und jetzt muß man sich inklusive Organisationsvertreter mit Duzendversammlungen begnügen.

Nicht die Führer allein, sondern die Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes hatten das Gebahren und die unnoble Kampfweise der Genossen, um kein schärferes Wort zu gebrauchen, längst satt.

Jedoch, was wollt ihr Christlichen, ruft der „Textilarbeiter“ und teilt seinen aufhorchenden Genossen mit, daß in M.-Glabbach die eigenen Mitglieder ihren christlichen Führern nicht folgen. Daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist, versteht sich am Rande.

nicht anerkannt würde. Darob große Freude im „roten“ Textilarbeiter. Der hiesige Vertreter der sozialdemokratischen „Düsseldorfer Volksztg.“ war doch schon der feinsten Ueberzeugung, seine, am 8. Dezember 1910 in einer öffentlichen Versammlung in Betrach vorgebrachte Prophezeiung sei in Erfüllung gegangen. Wenn die christlichen Führer es mal versuchen würden, die Genossen von den Fabrikversammlungen auszuschließen, würden sie erleben, daß die eigenen Mitglieder ihnen die Gefolgschaft verweigern und zu den Sozialdemokraten hielten. Doch nicht allzulange währte diese Herrlichkeit, trotz der „roten“ Prophezeiung.

Nach Rücksprache mit unseren Kollegen bei Hölzermann nahmen diese in einer Belegschaftsversammlung am 28. Juni eine Resolution an, welche besagte, daß die am 1. Mai gefasste Resolution für unsere Mitglieder der Firma Hölzermann nicht mehr existiere und sie sich dem Vorgehen der übrigen Kollegen anschließen. Das paßt dem „roten“ Textilarbeiter nicht in seinen Kram und deshalb wird den „braven“ Genossen erzählt, daß diese Resolution nur unter Anwendung von Terrorismus zustande gekommen sei, weil das Referat, in welchem die Angelegenheit behandelt wurde, nicht zur Diskussion gestellt wurde. Daneben gehauen, „Textilarbeiter“! In unseren Versammlungen darf jeder seine Meinung ruhig aussprechen. Dem stand auch in der fraglichen Versammlung nichts im Wege. Keiner der Anwesenden bemerkte einer der Resolution gegenteilige Meinung. Nur drei Kollegen stimmten bei der Abstimmung gegen Annahme der Resolution. Hier Terrorismus zu entdecken, ist dem „feinfühlernden“ „Textilarbeiter“ vorbehalten geblieben.

Interessant ist aber, mit welchen Mitteln unsere Gegner bei Hölzermann versuchen, allgemeine Belegschaftsversammlungen zustande zu bringen, an welchen auch unsere führenden Kollegen teilnehmen sollen. Schade nur, daß diese nicht so dummt sind, auf diesen Leim zu kriechen. Dafür ein Beispiel. Am 23. Juni erhielten unsere auf dem Sekretariate tätigen Kollegen durch den Beamten des Hirsch-Dumckerischen Verbandes telephonisch die Mitteilung, daß für mittags eine Ausschussführung der Firma Hölzermann stattfindet. Tags vorher waren die Vertreter der drei in Frage kommenden Organisationen nämlich in Krefeld gewesen, um an Ort und Stelle sich über verschiedene Positionen des dort für die Saindindustrie abgeschlossenen Tarifvertrages zu erkundigen, nach welchem auch bei Hölzermann entlohnt wird. Man sollte vom Ausschuss darüber Mitteilung gemacht werden. Einer unserer Kollegen ging denn auch hin. Dort angekommen, wurde ihm aber bekannt gegeben, daß eine Belegschaftsversammlung einberufen sei. Schon begaben sich die Anwesenden zwecks Abhalten der Versammlung in den Saal. Unser Vertreter lehnte in Verfolg des eingangs gekennzeichneten Beschlusses ab, der Versammlung beizuwohnen. Dann waren aber auch, zum größten Leidwesen unsere Gegner, unsere Kollegen mit wenigen Ausnahmen und auch ein Ausschussmitglied, Mitglied unseres Verbandes, der „bedeutenden“ Betriebsbeirats fern geblieben. Ein anderes Ausschussmitglied, ebenfalls Mitglied unseres Verbandes, gestellte sich später der interessanten Versammlung, zu welcher sich zirka ein Duzend Leute, nebst zwei Verbandsvertretern eingefunden hatten, zu.

Ueber diese Versammlung heißt es nun im „Textilarbeiter“:

„Bei dieser Versammlung hätten nun die christlichen Vertreter zeigen müssen, daß sie Arbeiterinteressen vertreten. Aber weit gefehlt. In der fraglichen Versammlung verlangten die Arbeiter Auskunft, wie die Sache stehe. Der christliche Vertreter aber blieb im Gaißzimmer. Bei geöffneten Tür mußte er hören, was im Saal gesprochen wurde. Hier kann man sagen: Der Forscher an der Wand hört seine eigene Schand. Er mußte hören, daß selbst christliche Ausschussmitglieder (christliche Ausschussmitglieder, großartig, muß heißen ein christliches Ausschussmitglied D. V.) erklärten, solange der Beschluß (gemeint ist das Maireolutionschen), von der gesamten Belegschaft nicht aufgehoben ist, werden wir danach handeln.“

Das alles schreibt man sich zusammen über eine Versammlung, die von einem Duzend Leute besucht war, während die Belegschaft zirka 100 Personen stark ist. Man sieht, die Genossen verstehen das Lustliche, sind also dieserhalb auch weniger ernst zu nehmen. Auch hörte der im Gaißzimmer weilende christliche Vertreter nichts von der donnernden Philippika, die nach Angabe des „Textilarbeiters“ gehalten worden sein soll. Im Gegenteil, es ging äußerst still und leise zu. Dazu mag ja der „unerwartete“ Besuch beigetragen haben.

Zum Untergange der Handweberei in Schlesien.

(Aus der „Sozialen Praxis“.)

Die unaufhaltsam fortschreitende Entwicklung in der Vervollkommnung der Maschinen und die damit verbundene Verbesserung der Arbeitsmethoden hat zur Folge, daß die alten, ursprünglichen Industriezweige, welche sich den geänderten Verhältnissen nicht anpassen vermögen, dem Untergange geweiht sind. Ein marantes Beispiel hierfür bietet bekanntlich die Handweberei. Allmählich zwar, aber mit ständig zunehmender Geschwindigkeit vollzieht sich die Wandlung, und die Zeit läßt sich schon voraussehen, wo die typische Gestalt des Handwebers verschwindet und der letzte Handwebstuhl einem Museum zugeführt wird.

Die Handelskammer in Landeshut, dem Zentrum der schlesischen Seidenindustrie, hat sich seit Jahren der Mühe unterzogen, zusammen mit den zuständigen Behörden, alljährlich über die Zahl und die Tätigkeit der in ihrem Bezirke vorhandenen Handweber Erhebungen anzustellen. Die im folgenden zusammengestellten Ergebnisse geben

trotz ihrer Lückenhaftigkeit und ihres Mangels an absoluter Genauigkeit doch ein deutliches Bild über den Rückgang der Handweberei, während die Angaben über die Zahl der mechanisch betriebenen Webstühle und der an ihnen beschäftigten Personen einen Zusammenhang zwischen dem Niedergange der Handweberei und einem Aufschwunge der mechanischen Weberei erkennen lassen.

Jahr	Zahl der in Betrieb gewesenen Webstühle	Zahl der Weber, gegen Lohn und selbständig	Zahl der gefertigten Stücke	Auf jedem Webstuhl wurden durchschnitt- lich gefertigt Stück	Jeder Weber fertigte durch- schnittlich Stück
1888	4 227	3 716	228 451	54	61,5
1889	5 154	4 060	263 692	51,2	64,9
1890	4 007	3 385	228 725	57,0	67,6
1891	3 607	3 293	175 165	48,6	53,2
1892	4 662	3 751	244 756	52,5	65,3
1893	4 482	3 613	211 068	44,9	58,4
1894	3 815	?	221 825	—	—
1895	4 115	?	219 760	—	—
1896	4 076	?	213 878	—	—
1897	4 075	?	227 504	—	—
1898	3 263	?	117 112	—	—
1899	3 085	2 901	111 789	36,2	38,5
1900	2 953	2 777	109 322	37,0	39,4
1901	2 631	2 522	93 579	35,6	37,1
1902	2 499	2 360	78 816	31,5	33,4
1903	2 287	2 175	76 986	33,7	35,4
1904	2 310	2 200	84 690	36,6	40,3
1905	2 248	2 191	83 302	37,1	38,0
1906	2 028	1 842	71 583	35,3	38,9
1907	2 001	1 942	73 426	36,7	37,3
1908	1 829	1 809	62 856	34,2	34,7
1909	1 821	1 751	66 900	36,5	38,2
1910	1 634	1 675	39 619	24,4	24,8

Während sich die Zahl der mit Handweben beschäftigten Personen und die Menge ihrer Produktion bis zu Anfang der 1890er Jahre auf ziemlich gleicher Höhe hielten, setzte gegen die Jahrhundertwende ein unaufhaltsam fortschreitender starker Rückgang ein. Im Jahre 1890 wurden noch auf etwa 4000 Handwebstühlen 228000 Stück angefertigt; im Jahre 1900 dagegen waren nur noch etwa 2950 Webstühle in Betrieb, welche nur etwas mehr als 110000 Stück lieferten. In 10 Jahren war also die Zahl der Webstühle um 26% gefallen bei einer Produktionsverminderung von rund 53%. Nach 5 Jahren (1905) liefen nur noch ungefähr 2250 Webstühle und die erzeugte Stückzahl sank auf wenig mehr als 83000. Es war also eine weitere Abnahme von 24 bzw. 25% zu verzeichnen. Im verfloßenen Jahre konnten nur noch 1634 Stühle mit einer Jahresproduktion von rund 40000 Stück gezählt werden. Während sich also in den letzten 20 Jahren die Zahl der in Betrieb befindlichen Webstühle um etwa 59% verringert hat, ist die jährliche Produktion in derselben Zeit um mehr als 82% zurückgegangen.

Die Entwicklung der mechanischen Weberei vollzog sich dagegen in aufsteigender Linie. Im Jahre 1900 wurden in den vorhandenen 18 mechanischen Webereien des Bezirkes mit insgesamt 2871 Webstühlen 2559 Personen beschäftigt. Bereits nach 5 Jahren waren 3429 Stühle in Betrieb bei einer Arbeiterzahl von 2763 Personen, und im Jahre 1910 hatte sich die Zahl der Webstühle bis auf 3709 vermehrt, während die Zahl der beschäftigten Personen bis auf rund 3400 stieg. In einem Zeitraum von 10 Jahren hat sich also die Zahl der mechanischen Webstühle um 30% vermehrt, während diejenige der Arbeiterkraft um denselben Prozentsatz zugenommen hat.

Der Rückgang in der Handweberei im allgemeinen ist darauf zurückzuführen, daß ein kräftiger Nachwuchs vollkommen fehlt. Anstatt den Beruf ihrer Eltern zu ergreifen, suchen die jungen Leute die bequemere und auch meist besser bezahlte Beschäftigung in der Fabrik auf. Wesentlich hierbei ist auch der Umstand, daß die Arbeitszeit in den mechanischen Webereien durchweg auf 10 Stunden beschränkt ist, während der Handweber von morgens früh bis abends spät ohne längere Pausen oft 12 und mehr Stunden täglich am Webstuhl sitzen muß, um den zu seinem und seiner Familie Unterhalt erforderlichen Arbeitsverdienst zu erreichen.

Der Grund für den bedeutenden Rückgang in der durchschnittlichen Produktion eines Webers im Jahre 1888 von 61,5 Stück auf 24,8 im Jahre 1910 ist hauptsächlich darin zu suchen, daß mehr und mehr auch die arbeitskräftigen Weber lieber auf ihre Selbständigkeit verzichten und sich ihrem alten Berufe abwenden, um anderwärts lohnenderer Beschäftigung sich zuzuwenden. Dazu kommt noch, daß die Handweberei immer mehr nur im Nebenberuf ausgeübt wird. Von den im Jahre 1910 gezählten 714 Familien, welche die Handweberei im Nebenberuf ausübten, sind etwa die Hälfte Landwirte, welche in der Regel nur im Winter am Webstuhl arbeiten. An sonstigen Berufen sind vertreten: Land- und Fabrikarbeiter, deren Frauen weben oder welche selbst weben, wenn sie sonst arbeitslos sind, ferner Handwerker, kleine Handelsleute und Invaliden. Aber auch von den 823 Familien, für welche die Handweberei noch den Hauptberuf bildet, wird in 250 Fällen neben der Handweberei noch eine andere Beschäftigung betrieben. Die Zahl derer, welche die Handweberei ohne Nebenbeschäftigung nur im Hauptberuf ausübten, ist also als außerordentlich gering zu bezeichnen. Sie wird durchweg von alten Leuten und allein stehenden Frauen ausgeübt.

Naturngemäß ist auch die ganze Zusammensetzung der in der Handweberei tätigen Personen wie bei allen aussterbenden Bevölkerungsgruppen derart, daß die höheren Altersstufen verhältnismäßig stärker vertreten sind als die jüngeren. Wie die Zählung im Jahre 1910 ergeben hat, sind von den etwa 2700 noch mit Handwebereiarbeiten, einschließlich Spulen, beschäftigten Personen etwas über 400 weniger als 30 Jahre alt. Es sind dies hauptsächlich Kinder, welche zum Spulen und zu anderen Vorbereitungsarbeiten herangezogen werden. Im Alter von

31—40 Jahren besaßen sich etwa 350 Personen, im Alter von 41—50 Jahren etwa 500, im Alter von 51—60 rund 700, im Alter von 61—70 noch annähernd 700 und über 70 Jahre waren 206 Personen alt. Als besonders bezeichnend verdient hervorgehoben zu werden, daß diejenigen, welche die Handweberei ohne eine Nebenbeschäftigung betreiben, mit geringen Ausnahmen sämtlich über 60 Jahre alt sind.

Auch andernorts sind die gleichen Beobachtungen über einen rapiden Rückgang der Handweberei gemacht worden. Das Ergebnis der Erhebungen im Kreise Landeshut kann daher nicht mit Unrecht verallgemeinert und aus ihm der Schluß gezogen werden, daß mit dem Aussterben der noch lebenden Weber auch die Handweberei aufhören wird zu existieren. Der Staat sucht zwar die Handweberei zu erhalten, indem die Armee-, Marine- und andere Behörden Lieferungen an leistungsfähige Firmen unter der Bedingung vergeben, daß die Stoffe von Handwebern angefertigt sein müssen, aber diese Maßnahmen werden nicht ausreichen, um den Untergang zu verhüten.

Hirschberg i. Schl. Wittgen, Gewerbeassessor in der „Sozialen Praxis“.

Aus der Arbeiterbewegung.

Evangelische Arbeiter und christliche Gewerkschaften. Auf dem Verbandstag der rheinisch-westfälischen evangelischen Arbeitervereine in Saitingen hat ein Herr Becker-Düsseldorf sich mehrere gehässige Anwürfe gegen die christlichen Gewerkschaften erlaubt, allerdings unter heftigem Widerspruch. Er gebrauchte den Ausdruck „schwarze Scheicher“; ferner fügte er noch den Unfug hinzu, es seien doch nur „katholische“ Gewerkschaften und die Mehrzahl von ihnen würde „von Kaplanen geleitet“. Nachher ist der Mann zurückgehüpft und hat erklärt, er habe niemand beleidigen wollen. Im Bericht des evangelischen „Arbeiterboten“ Nr. 31/1911 wird außerdem noch mitgeteilt, daß der Düsseldorfer Herr unumwunden seine einseitige Information privatim zugebe, und daß ihm eine Böswilligkeit vollständig fern gelegen. Damit hat Herr Becker sich nur noch mehr bloßgestellt, denn wer so mangelhaft informiert ist, sollte sich vor solchen schweren Angriffen auf öffentlichen Tagungen hüten, vor allem Ausdrücke des Fanatismus wie „schwarze Scheicher“, die mit mangelhafter Information absolut nicht zu erklären und zu entschuldigen sind, vermeiden.

In sachlicher Beziehung braucht zur Widerlegung dieser Angriffe nur auf den allseitigen Widerspruch und die diesbezüglichen Ausführungen der meisten Redner auf dem Saitinger Verbandstag hingewiesen zu werden, die sich ausdrücklich für die Neutralität der christlichen Gewerkschaften verbürgten und ihre Unterstützung befürworteten. Anfangs Juli hat der evangelische Arbeiterführer Behrens auf dem Verbandstag der christlichen Bergarbeiter in Köln mit dem größten Nachdruck erklärt, daß ihm in seiner langjährigen Tätigkeit in den christlichen Gewerkschaften nicht das geringste vorgekommen sei, was eine Zurückhaltung der evangelischen Arbeiter rechtfertigen könne. Der dem „Böckumer Bund evangelischer Arbeitervereine“ angehörende Arbeiterverein Saitingen Dortmund nahm am 9. Juli nach einem Referat des Herrn Rehn-Belsenkirchen über Gewerkschaftsfragen eine Resolution an, die sich für Organisationen auf nationalem und christlichem Boden ausspricht. Als solche kamen nur die christlichen Gewerkschaften in Frage, „die sich in einer fast 15jährigen Betätigung als beste Vertreterin der Arbeiter in praktischer Hinsicht gezeigt hätten. Die Versammlung verspricht, mit allen Kräften für die Stärkung der christlichen Gewerkschaften einzutreten“.

Diese Stimme aus evangelischen Arbeiterkreisen könnten sowohl Herrn Becker wie auch Herrn H. Traub-Dortmund, der die Verkörperung der christlichen Gewerkschaften in letzter Zeit wieder als Spezialität betreibt, eines besseren belehren, wenn sie überhaupt noch einer Belehrung zugänglich wären.

Der Gutenbergbund. Die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossene Buchdruckerorganisation hat im vergangenen Jahre trotz der gehässigen Belämpfung von sozialdemokratischer Seite und sonstigen Schwierigkeiten noch Fortschritte erzielt. Wie aus dem in einer 20seitigen Broschüre gedruckt vorliegenden Jahresbericht für 1910 zu ersehen ist, betrugen die Einnahmen 126351,23 M., die Ausgaben 99893,17 M. Das Verbandsvermögen stieg von 385735 Mark auf 412482 M. Aus den Ausgabe-posten seien folgende Aufwendungen für Unterstützungen hervorgehoben: Krankengeldzuschuß 23646 M., Arbeitslosenunterstützung 20380 M., Invalidenunterstützung und Sterbegeld 8209 M., Zuschuß bei Umzügen 1460 M. Die Mitgliederzahl stieg um 114 und betrug am Jahres-schluß 3045.

Die von sozialdemokratischer Verbandsseite beharrlich wiederkehrende Verdächtigung, der Gutenbergbund sei nicht tarifreu, wird am besten durch die praktische Tätigkeit der verleumdeten Organisation widerlegt. Der Gutenbergbund hat im verfloßenen Jahr unablässig für den Tarifgedanken gewirkt. Durch seine Funktionäre sind 26 Firmen zur Anerkennung der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe veranlaßt worden. Der Jahresbericht kann feststellen, daß alle Mitglieder mit einigen verschwindenden Ausnahmen in tarifreuen Buchdruckereien beschäftigt sind.

Der angebliche „Raub des Selbstverwaltungsrechts“ in der Krankerversicherung, der noch immer in der sozialdemokratischen Agitation herumspukt, wird selbst von objektiv denkenden Sozialdemokraten nicht ernst

genommen. Auf dem Kongress des Zentralverbandes deutscher Ortskrankenkassen, der Mitte Juli in Dresden abgehalten wurde, führte der bei den Sozialdemokraten als Autorität im Versicherungswesen geltende Obergrense Fräßdorf u. a. folgendes aus:

„Der Verband wird auch unter dem neuen Recht kräftig wirken für die Interessen der Kassenmitglieder, und dann wird es sich bei der nächsten Generalversammlung in Köln bereits herausgestellt haben, daß die Krankenversicherung festen Boden unter den Füßen hat, und daß die an die Reichsversicherungsordnung von Bureaufkräften und Reaktionen geknüpften Hoffnungen zusehender geworden sind.“ (Vangenhallen der Belfall.) (Bericht der Essener sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung“ Nr. 162, 1911.)

Der Ansicht sind auch diejenigen, die der Reichsversicherungsordnung trotz ihrer Mängel schließliche Zustimmung haben. Wer aber der Ueberzeugung ist, daß die von Bureaufkräften und Reaktionen an das neue Gesetz geknüpften Hoffnungen zusehender werden, muß die sozialdemokratische Propaganda und Wahlarbeit als Demagogie auf entschiedenem Verurteilen. Die Aeußerung Fräßdorfs wird man den Hebern noch oft entgegen halten können.

Nicht ruppig genug. Die rasche Erledigung der Reichsversicherungsordnung im Plenum des Reichstages scheint heute noch manchen Genossen schwer im Magen zu liegen. Sie hätten lieber gesehen, wenn ihre Fraktion Obstruktion getrieben und so ein kleines Ständchen inszeniert hätten. Der Ansicht gab auch ein Genosse Dr. Wehl auf einer Parteitagung des linken Berliner Wahlkreises in folgenden Worten Ausdruck (die einzelnen Stellen sind von uns gesperrt):

„Auch ich bin der Meinung, daß wir die Einheitlichkeit der Reichstagswahl nicht durch Erörterung von Parteifragen fördern sollten, aber ich möchte doch einer Auffassung Ausdruck geben, die in Parteikreisen besteht. Es handelt sich um die Laizität unserer Reichstagsfraktion bei der zweiten und dritten Lesung der Reichsversicherungsordnung. Ungeachtet ist die gründliche, sachverständige Arbeit, welche unsere Genossen, namentlich der Abgeordnete unserer Kreise, in der Kommission geleistet haben. Aber die Art, wie die Reichsversicherungsordnung im Plenum angenommen wurde, das hat, wie ich glaube, nicht den Beifall der Parteigenossen gefunden. Die Erledigung ging viel zu schnell vor sich. Es hätte doch möglich sein müssen, die Verhandlungen zu verlängern, indem unsere Genossen zu jedem Paragraphen Reden gehalten hätten, um den Gegnern die Sache nicht gar zu leicht zu machen. Es macht den Eindruck, als ob sich unsere Genossen mit Absicht sehr kurz gefaßt haben, was doch sonst nicht unsere Gewohnheit ist. Abgesehen von den großzügigen Reden der Genossen David und Wehl sah es ganz so aus, als ob eine Verabredung bestanden hätte, so schnell wie möglich zu Ende zu kommen. Wir haben den Gegnern die Annahme der Reichsversicherungsordnung zu leicht gemacht. Da es die Gegner darauf abgesehen hatten, uns zu verunglimpfen, so hätten wir ruppiger auftreten müssen. Wir hätten Obstruktion treiben sollen. Es ist eigentlich ein Vorwurf für uns, wenn der Staatssekretär sagte, die Sozialdemokraten hätten mit ritterlichen Waffen gekämpft. Selbst die Möglichkeit, daß die Gegner auch ruppig geworden wären und die Gesetzgebung verbarbarisiert hätten, dürfte uns nicht abhalten,

Obstruktion zu treiben. Wir würden dadurch große agitatorische Erfolge erzielt haben...“

Also wie immer — aus agitatorischen Gründen. Genosse Dr. Wehl mag sich beruhigen. Wenn seine Parteifreunde im Reichstag diesmal von einer Obstruktion absehen, so hatten sie ihre guten Gründe. Das vorliegende Material über die sozialdemokratischen Anstellungsverträge für die Krankenkassenbeamten war eben zu gravierend. Besonders der kurz vor Reichstagsabschluss den Abgeordneten bekannt gewordene Anstellungsvertrag der Berliner Ortskrankenkasse für Kaufleute. Dieser sah bekanntlich vor, daß bei einer eventuellen Auflösung der Kasse durch die Krankenkassenzentralisation den Beamten 25% des bisher insgesamt bezogenen Gehalts als Abfindungssumme ausbezahlt werden sollte. Hätte ein solcher Beamter dann beispielsweise eine Dienstzeit von zehn Jahren bei einem Gehalt von 4000 M. pro Jahr zurückgelegt gehabt, so hätte ihm die Kasse den vierten Teil von 40000 = 10000 M. auszuzahlen müssen. Angesichts dieses Materials da hielten es die Genossen doch für klüger, von einer Obstruktion abzugehen. Und sie haben zweifellos recht gehabt.

Ein „roter“ „Sieg“ in Delmenhorst. In fast jeder Nummer seines Organs sucht der „deutsche“ Textilarbeiterverband die von den christlichen Gewerkschaften, speziell von unserem Verband, getriebenen Lohnbewegungen als vollständig ohne Erfolg geführt hinzustellen. In nachstehenden Zeilen soll einmal gezeigt werden, wie famos der „deutsche“ Textilarbeiterverband dort, wo er vorwiegend in Frage kommt, zu „liegen“ versteht.

Die Vermeidung eines vierwöchigen Streiks auf der Hanseatischen Jute-, Spinn- und Weberei lüden die „Deutschen“ mit folgenden bombastischen Phrasen an:

„In Delmenhorst ist der Streik der Weber der Hanseatischen Jute-, Spinn- und Weberei am 23. Juli beendet worden. Es machte einen imposanten Eindruck auf die Passanten, als die Arbeiter der Stärke ihrer Tätigkeit in geordnetem Zuge auftraten. Ein Ausdruck der inneren Befriedigung lag auf den von der Sonne gebräunten Gesichtern. Der Erfolg dieses Kampfes ist aber auch dazu angetan, die Gemüter freudig zu stimmen.“

Wie liegt nun die Sache? In der Jute-, Spinn- und Weberei herrichten und herrichten noch traurige Verhältnisse für die Arbeiterschaft. Im Allgemeinen stehen die Löhne auf einem, in Westdeutschland nicht gekanntem niedrigen Niveau. Auch sonst sind Mängel in mancherlei Art vorhanden. Vom „deutschen“ Textilarbeiterverband wurde nun eine Bewegung inszeniert. Der dort angestellte Lokalbeamte verstand es meisterlich, aus den gestellten „Forderungen“ jede wirkliche Lohnforderung fernzuhalten. Es hätte ja auch gefährlich und einem späteren „Sieg“ hinderlich sein können.

Als nun die Direktion den Wünschen der Weber, die an und für sich sehr berechtigt waren, (nur waren sie nicht weitgehend genug und auch nicht sorgfältig genug zusammen gestellt, z. B. Vergütung für Warten bei Reparaturen wurde gar nicht verlangt) nicht entsprach,

machten einige Genossen Frach. Einer wurde darauf wegen Frechheit entlassen. In einer Versammlung forderten nun die Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes von einem anwesenden Vertreter des Zentralvorstandes die Erlaubnis zum Streik. Als ihnen diese verweigert wurde, entstand ein unbeschreiblicher Tumult. Mit erhobenen Fäusten drang man von verschiedenen Seiten auf den Vertreter des Zentralvorstandes ein, um ihm abzutreten zu demonstrieren, daß er ihnen einfach zu Willen sein müsse. Doch erreichten die Leute die Genehmigung des Streiks auch mit diesen immerhin recht drastischen Mitteln nicht. Doch sie wußten sich zu helfen. Am folgenden Morgen arrangierte eine Abteilung in der Fabrik einen Aufruf, man stelle die Stühle still, und richtig, nach kurzer Zeit war man auf der Straße — trotz Zentralvorstand. Diesem blieb nichts anderes übrig, wollte er den Bestand der Ortsgruppe nicht gefährden, als nachträglich dem Streik zuzustimmen.

Dieser unter so eigentümlichen Begleitumständen begonnene Streik dauerte vier Wochen. Während dieser Zeit versuchten wiederholt der Vorsitzende des Gewerkschaftsgerichts und der Herr Bürgermeister von Delmenhorst zu vermitteln. Es gelang auch, die Firma zu einigen Zugeständnissen zu bewegen. So sollen einige elektrisch betriebene Krane das jetzt von den Webern auszuübende Französischen unmöglich machen. Anstatt des Brunnenwassers soll Wasserleitungswasser zu Trinkwasser Verwendung finden. Warten auf Material soll vergütet werden. Außerdem sollen einige Kleiderschränke angekauft und einige sonstige kleinere Änderungen getroffen werden.

Dagegen werden diejenigen Arbeiter, die in den Besitz ihrer Arbeitspapiere gelangt waren, als neu eintretende Arbeiter angesehen. Sie gehen daher einer Weihnachtsprämie von 20 bis 40 Mark verlustig. Da die Genossen am Schluß ihres „Streiks“ Streiks dieser Bedingung der Firma keinen Widerstand entgegensetzten, konnte die Firma ganz gut die oben angeführten Zugeständnisse machen. Wir zweifeln nicht daran, daß die Firma durch die Nichtzahlung resp. Reduzierung der Weihnachtsprämie mehr verdient, als ihr die oben angeführten Zugeständnisse an Auslagen verursachen. Wenn die Arbeiter diese Sachlage einmal einsehen werden, dann wird ohne Zweifel die „innere Befriedigung“ noch gewaltig steigen. Die Gemüter werden dann so „freudig gestimmt sein“, daß den Genossen vor ihrem eigenen „Sieg“ noch grausen wird. Eine absolut notwendige Lohnforderung wagte man gar nicht zu stellen, die Forderung nach Lieferungsbüchern hat man zurückgezogen. Vielleicht auch die nach Einführung englischer Webgeschirre. Jedenfalls wollen sie sich mit dem Rezept des Gauleiters Döbler begnügen, der in einer Versammlung erklärte, es sei ein ausgezeichnetes Mittel, die Geschirre mit Speckschiben einzuschmieren.

So der Verlauf der Bewegung in Delmenhorst. Und diese Gesellschaft will die von uns geführten Bewegungen herunter reißen. Ein Verband, der im eigenen Lager so wenig Ordnung und gewerkschaftliche Disziplin aufzuweisen hat, würde klüger tun, vor der eigenen Tür

Aus dem Berufsleben und der Gedankenwelt der Arbeiterinnen.

Jose Blätter,

zusammengestellt von P. Kröz, Kaplan in Vierzehn.

Im verflochtenen Winter hielt ich mit einer kleinen Schar Arbeiterinnen einen sozialen Unterrichtskurs ab. 20 Mädchen, fast alles Arbeiterinnen in Webereien, hatten sich gemeldet. Fünf davon blieben im Laufe der Zeit aus, teils wegen häuslicher Verhältnisse, einige, weil sie die Lust verloren. Einige fehlten schon einmal, da sie zu Hause nicht abkommen konnten oder krank waren. Als Thema hatten wir uns die Arbeiterinnenfrage gestellt, die wir an der Hand eines Buches eingehend besprachen. Um die Teilnehmerinnen anzuleiten, mußte ich einmal über ihre eigene persönliche Lage nachdenken, stellte ich ihnen von Zeit zu Zeit ein Schema zur freien Bearbeitung. Ich gab ihnen das Thema, ohne es weiter zu besprechen, sie sollten ihre eigenen Gedanken und Erfahrungen darüber niederschreiben. Besonders genannt wurden sie vor allgemeinen Redensarten. Die Arbeitung stand jeder frei, den Namen der Verfasserin brauchte die Arbeit nicht zu tragen. Die Arbeiten wurden von mir zu Hause durchgesehen, dann in der nächsten Sitzung besprochen, und einige besonders durch Inhalt oder Form bemerkenswerte Arbeiten vorgelesen. Die Teilnehmerinnen konnten so frei ihre Gedanken zum Ausdruck bringen, ohne daß sie sich wegen der anderen irgend welche Beschränkungen aufzulegen brauchten. Der Inhalt läßt uns einen Einblick in das Denken und Fühlen der geistig höher stehenden Schicht unserer Arbeiterinnenwelt tun. Mühen und Beschwerden, aber auch Freuden und innere Erregung, die der Stand bietet, finden Ausdruck. Was hier geschrieben wird, darf nicht ohne weiteres verallgemeinert werden, es sind die Erfahrungen, die die einzelne Arbeiterin an sich selbst und auf ihrer Arbeitsstätte gemacht hat.

Das erste Thema lautete: „Die Schattenseiten meines Berufslebens“. Da den Teilnehmerinnen weiter nichts gesagt worden war, erhielt ich eine Zusammenfassung von allem, was den Einzelnen in ihrem Betriebe nicht gefiel.

Da beklagen sich einige, daß sie schon morgens früh in Wind und Wetter auf sich recht schmerzhaften Wegen zur Arbeitsstätte hin müssen. Besonders aber daß es die hygienischen Verhältnisse, die vielen nicht gefallen. „Bist man aus der frühen Luft manchmal in die Fabrikräume, da sollte einem der Atem stehen bleiben. Dieses kommt daher, daß einige Arbeiterinnen nicht die Fenster auf haben wollen. Um Streitigkeiten zu vermeiden, bleiben sie insulgedessen zu. Das eine so schlechte Luft, in der man den ganzen Tag zubringen muß, für die Gesundheit schädlich ist, läßt sich gut begreifen.“ Diese Frage kehrt oft wieder, während es von einem anderen Betriebe heißt, daß es dort recht lustig und freundlich sei. Un-

angenehm bemerkt wird die Tatsache, daß oft die Räume, besonders morgens, wenig geheizt sind. Einige klagen auch über die Anstrengung und Uebermüdung besonders der Augen, da hier und da auch die Beleuchtung zu wünschen übrig lasse. Klage wird oft geführt über das Kaffeewasser, das manchmal nur lauwarm sei, über die Unkeimeräume, die durch einen dort angebrachten Heißwasserbehälter sehr dümpelig seien, sodaß die Kleider ganz durchfeuchtet würden. Auch mangelnde Reinlichkeit, besonders hinsichtlich der Bedürfnisanstalten, der Gelegenheit zum Waschen wird erwähnt. Im allgemeinen gefällt allen die Arbeit nicht schlecht. Besonders die Zettlerinnen loben ihre Beschäftigung, „weil diese nicht so eintönig ist und etwas mehr Kopfarbeit erfordert, und auch der Verdienst ein besserer ist“. Worüber wohl alle klagen, das ist die Verarbeitung von schlechtem Material. „Manche Tage vergehen, wo ich nichts verdiene, wegen der vielen Fäden, die mir brechen. Trotzdem muß ich in Afford arbeiten. Wenn man eine verschorene Kette oder faulen Einschlag hat, so muß man doch gute Ware liefern, sonst bekommt man noch Unannehmlichkeiten.“ „Da wird die Geduld der Arbeiterin oft auf eine harte Probe gestellt.“ „Der Mut ist dann klein, und der Verdienst knapp.“ Wenn letzter da, wo es sich um tüchtige Arbeiterinnen handelt, im Durchschnitt wohl auskömmlich genannt werden kann, so sind doch die vielen Störungen in der Industrie für das Gesamtergebnis von einschneidender Bedeutung. Eine Zettlerin z. B. hatte in einem Monat schon mal 121 M. ausgezahlt erhalten, in einem andern nur 50 M. Das Gesamteinkommen in diesem Jahre betrug 845 M. Bei einer Weberin schwankte der Monatsverdienst zwischen 98 und 54 M. Der Jahresverdienst betrug 804 M. Oft wird die Arbeitszeit auf wenige Stunden gekürzt, ganze Tage ist die Arbeiterin ohne Beschäftigung. Wenn die Maschine nicht läuft, verdient sie nichts. Besonders die Weberinnen klagen, daß sie in der Zeit des flauen Geschäftsganges oft lange auf Einschlag warten müssen.

Wenn im allgemeinen über die Vorgesetzten, Meister und Prinzipal wenig geklagt wird, ja der humane und arbeiterfreundliche Sinn letzterer oft lobend anerkannt wird, so sind doch Ausnahmen nicht selten. Unangenehm für manche Arbeiterin ist aber das Zusammenarbeiten mit andersgestellten Kollegen und Kolleginnen; hierüber werden wir später näheres hören.

Eine Schreiberin äußert sich ausführlich über das Mehrschichtsystem. „St man an einem Stuhl am arbeiten, läuft der andere ohne Aussicht. Das ist beschwerlich, besonders wenn man schlechte Seide oder Lauffäden hat. Wenn man auf jedem Stuhl drei oder vier Spulen hat, dann weiß man oft nicht, wo einem der Kopf steht. Man will was verdienen, der Gehalt will gut sein haben. Man muß mit zwei Stühlen gute Ware machen, was man sehr oft ausziehen; denn das kann sich jeder denken, daß oft was passiert. Bald läßt man ein Spülchen ablaufen, dann macht man mal einen Spalten, bald dies, bald das. Immer was Neues. Man kann sich nun erklären, daß das öftere Ausziehen viel Zeit in Anspruch nimmt und man dadurch sehr wenig verdient.“

Singelne fühlen den Zwang recht unangenehm, man hat mit der Welt abgeschlossen und fühlt sich im Gefängnis. Das Einerlei der Arbeit wird auch hier, obwohl die Weberin hierin nicht die schlimmste Arbeit ist, hart empfunden. Dazu treten dann oft, wie oben gesagt, harte Geduldsproben, wenn ein größerer Defekt an der Kette eingetreten ist. Die denkende Arbeiterin fühlt sich dann auch niedergedrückt durch das Bewußtsein, daß sie von vielen nur so von oben herab angesehen wird. Eine Schreiberin kommt bei dieser Gelegenheit auch auf die häusliche Betätigung zu sprechen. „Kommt man abends nach Hause, ist man meistens sehr abgespannt, wie an den Augen so an allen Gliedern. Arbeit man noch im Hause ein wenig mit, so hat man zum Nähen, Flicken und Stopfen nur geringe Zeit und Lust. Für die Mädchen fände ich es für schöner und praktischer, wenn sie in der Fabrik einige Stunden weniger und zu Hause ein paar Stunden mehr arbeiten könnten. Dabei müßte jedoch ein auskömmliches Verdienst sein.“

Im Folgenden geben wir einige Aussätze im Wortlaut wieder.

I. Die Schattenseiten meines Berufes.

„Des morgens in aller Frühe muß die Arbeiterin hinaus zur Fabrik, ob es regnet oder schneit, sie muß hindurch zur Arbeitsstätte. Beim Betreten der Fabrik merkt man gleich, daß hier die Luft nicht ist wie draußen, sondern uns ein eigenartiger Dunst von den Seidenstoffen und von dem Gas entgegenströmt. Wir haben ja mit der Welt abgeschlossen und sind jetzt gerade wie eingesperrt. Nun geht es zum Webstuhl, kalt sind die Hände, kaum fähig, einen Faden zu machen. Die Hände werden schon mal gerieben, dann geht es ans Weben. Es passiert da manchmal, daß die Spule nicht richtig liegt oder sonst etwas am Webstuhl nicht in Ordnung ist, wobei die Fäden zerreißen. Wie muß man sich da ärgern; dann steht man da und kann nicht voran kommen; denn das kostet schon Geduld, ehe die Seidenfäden mal alle wieder an Ort und Stelle sind. Der Weber arbeitet ja im Afford; so hat er manchmal Tage, wo er sehr wenig verdient. Dazu kommt noch oft genug schlechte Seide, schlechte Spülchen und dergl. Was die andern nicht gut gemacht haben, das soll und muß der Weber in Ordnung bringen. Wie muß man seine Augen anstrengen und genau achtgeben, daß die gebrochenen Fäden direkt wieder gemacht werden! Hat man das Unglück, einen Faden zu übersehen, dann bekommt man erst Unannehmlichkeiten. Und dann das ewige Einerlei, das Klappern der Spulen und der Räder des Webstuhls! Man ist oft froh, wenn man es hinterm Rücken hat. Keine Abwechslung, jeden Tag dasselbe, das macht unsere Arbeit so eintönig. Wie weh tut es oft der Arbeiterin, wenn da noch Leute sind, die sie so von oben herab ansehen, als ob sie ganz etwas Minderwertiges wäre. Gehört doch auch der Arbeiterin Gleichberechtigung ihres Standes in der menschlichen Gesellschaft.“

zu lehren. Oder will man mit den Angriffen auf die so gehassten „Christlichen“ die Mitglieder über die Misere im eigenen Lager hinwegtäuschen?

Augen auf! Mit welchen Mitteln bei uns von Unternehmenseite auf den Gesetzgeber gedrückt wird, um das langersehnte gesetzliche Vorgehen gegen die Arbeiterorganisationen endlich in Fluß zu bringen, das beleuchtet ein ganz verdeckt angebrachter „Alarmruf“ in Nr. 14 des „Arbeitgeber“ (Mitteilungen der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände). Dort wird die „Mißanz der Sabotage“ in Frankreich aufgemacht: es werden die Fälle von Zerstörungen am Eisenbahnmateriale, hauptsächlich an den Telegraphen- und Weichenstrahlen aufgezählt. Im Anschluß daran heißt es:

„Das sind die Zustände im heutigen Frankreich und die Streikausbreitungen, die auch bei uns fortgesetzt an der Tagesordnung sind und teilweise bereits zu offenen Revolten geführt haben, beweisen, daß wir uns auf dem Wege zu derselben Entwicklung befinden, wenn nicht bei Zeiten mit Hilfe der Gesetzgebung ein energisches Halt geboten wird.“

Die Arbeiterorganisationen sind ja von dieser Seite aus nie mit Glacéhandschuhen angefaßt worden, sodas wir gegenüber der Hezerei uns allmählich eine ziemlich dicke Haut angeschafft haben. Wenn aber die Geschichte in eine derartige bewußte Vergiftung der öffentlichen Meinung ausarten soll, dann ist kein Zeit mehr zu verlieren, daß dem entgegengetreten wird. Jene Leute haben es ganz offenbar abgesehen auf die Beeinflussung der Kommission, der die Beratung des neuen Strafgesetzentwurfes obliegt. Dieser Entwurf bietet ohnehin schon manche Fehlgänge für die Arbeiterorganisationen. Damit Schlimmeres verhütet werde, soll es daher auch hier auf der ganzen Linie helfen: Augen auf!

Die roten Schleifen. Wie sehr die sogenannten „freien“ Gewerkschaften heute bestrebt sind, ihre rote Weisung bei jeder Gelegenheit ostentativ zur Schau zu tragen, beweist folgender Vorfall. Vier „frei“ organisierte Hafnarbeiter aus Köln standen dieser Tage vor Gericht. Sie waren angeklagt, bei einer Beerdigung vier große Kränze mit roten Schleifen in auffälliger Weise hintereinander getragen zu haben. Im Verlauf der Gerichtsverhandlung bemerkte der Gewerkschafts-angestellte, Genosse Kiel, laut „Rheinische Zeitung“: „Er gehörte der freien Gewerkschaft an, diese bedient sich immer roter Schleifen. Wir tun das bei allen verstorbenen Mitgliedern, wenn die Angehörigen damit einverstanden sind; ich habe 10 bis 12 solcher Beerdigungen mitgemacht, ohne daß die roten Schleifen beanstandet worden sind.“

Trotzdem ist es nach Belgien nicht angängig, die „freien“ Gewerkschaften als sozialdemokratische Organisationen anzusprechen.

Rebellisch geworden. In Bremen trat der Ortsverein III der Hirsch-Dunkerischen Maschinenbauer und Metallarbeiter mit circa 40 Mitgliedern geschlossen zu den Roten über. Als Grund geben sie in der „Bremer Bürgerzeitung“ an, Herr Meuthen, der Beamte des H.-D. Gewerkschafts, habe für die Waggonfabrik Arbeitswillige gesucht. Er suche auch jetzt wieder 20 Holzarbeiter für dieselbe Firma. Sein Ziel sei, den paritätischen Arbeitsnachweis der Holzarbeiter zu sprengen. Für dieses Vorgehen sei er vom Generalrat der H.-D. Gewerkschaften noch gelobt worden. Auch mit der parteipolitischen Neutralität stimme es nicht. In Wirklichkeit werde eifrige Propaganda für die „Fortschrittliche Volkspartei“ getrieben, ebenso für die „Liberalen Bremer Nachrichten“. Herr Meuthen hoffe auf ein Mandat. Die „Fortschrittliche Volkspartei“ habe 4000 Mark für das Bremer Arbeitersekretariat disponibel gemacht und auch die Anstellung eines zweiten Beamten finanziell unterstützt.

In einer am 19. Juli stattgefundenen Versammlung faßte der Ortsverein eine Resolution, in der es heißt, die Versammlung sei zu der Erkenntnis gelangt, daß es den führenden Gewerkschaftsbeamten in ihrer überwiegenden Mehrheit mit der parteipolitischen Neutralität nicht ernst sei. Diese diene ihnen nur als Aushängeschild, um hinterher als Vasallen der „Fortschrittlichen Volkspartei“ tätig zu sein und die Mitglieder der Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften für diese Partei zu gewinnen. Weiter wird den führenden Beamten in der Haupt- und Zentralleitung Unfähigkeit vorgeworfen und die vom Sekretär Meuthen betriebene Arbeitsvermittlung verurteilt.

Wir sind gespannt, was die Gewerkschaftsleitung auf diese Anschuldigungen zu erwidern weiß. Auf jeden Fall scheint es aber mit der nationalen Gesinnung mancher Gewerkschaftsmitglieder nicht weit her zu sein. Denn mit dieser läßt sich der geschlossene Uebertritt zu einer sozialdemokratischen Organisation denn doch nicht gut vereinbaren.

Ein Urteil über eine englische Gewerkschaft. Der deutsche, seit 1889 in Schottland weilende ehemalige Führer des deutschen sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, August Siegel, hielt gelegentlich des internationalen Bergarbeiterkongresses in Londoner kommunistischen Arbeiterbildungsverein einen Vortrag, in welchem er laut sozialdemokratischem Bochumer „Volkstblatt“ (Nr. 176—1911) folgendes Bild der alten englischen

Bergarbeiterorganisation, der „Miners Federation of Great Britain“ entwirft:

„Es herrscht auch unter den organisierten britischen Bergarbeitern eine ungeheure Gleichgültigkeit und Verächtlichkeit gegenüber den modernen Zeitfragen. Um nur ein Beispiel anzuführen: Eine Gewerkschaftszeitung würde längst geschaffen sein, wenn nur die Bergarbeiter selber Interesse dafür zeigten. Von Mitgliederversammlungen, wie wir sie in Deutschland abhalten, von belehrenden Vorträgen und entsprechender Literatur ist in der britischen Bergarbeiterbewegung so wenig vorhanden, wie in den anderen britischen Trade Unions. Man kann sagen, ohne zu übertreiben, daß kaum ein größeres Maß von Stumpfheit angetroffen wird, als in der Bergarbeiterschaft. Auch dafür ein Beispiel: Wohl auf keiner britischen Grube bestehen Einrichtungen für die Gesundheitspflege des Körpers. Waschanstalten, Badeanstalten gibt es hier nicht. Die britischen Delegierten zu den internationalen Bergarbeiterkongressen lernten die Nützlichkeit der Einrichtung von Waschanstalten auf den Gruben kennen und setzten es durch, daß in dem nun dem Parlamente vorliegenden Gesetzentwurf über die Abänderung des Bergarbeitergesetzes vorgeschrieben werden soll, es seien Waschanstalten auf allen Gruben zu errichten. Gegen diese Vorschrift erhoben nicht etwa die Grubenbesitzer, sondern viele Bergarbeiter, insbesondere in Nordengland, lebhaften Widerspruch. Sie wollen lieber mit Dreck und Schmutz behaftet nach Hause gehen, als sich auf der Grube sofort zu waschen. Dies Faktum dürfte genügen, um die intellektuelle Höhe der britischen Bergarbeiterbewegung zu charakterisieren.“

Das ist kein ruhmliches Zeugnis, das hier dieser mächtigen englischen Organisation ausgestellt wird. England ist das Mutterland der Gewerkschaftsbewegung. Den englischen Arbeitern gebührt der Raum, die Pfadfinder auf dem Gebiete der Selbsthilfe zu sein. Auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat viel von der englischen gelernt. Nunmehr hat sie diese nicht nur an Zahl überflügelt, auch hinsichtlich der Erziehung und Schulung der Mitglieder ist sie der englischen zweifellos über.

Die Verelendungstheorie der Sozialdemokraten hat anlässlich der „Friedenskundgebungen“ in Berlin, wozu man sich eine Reihe französischer Genossen verschrieben hatte, soweit Deutschland in Frage kommt, einen neuen Stoß bekommen. Nach dem Bericht der „Braunschweigischen Landeszeitung“ unterschieden sich die deutschen Genossen und Genossinnen in Bezug auf Kleidung, Aussehen und Bildung wesentlich von den französischen. Während bei den deutschen Arbeitern — wohlgemerkt in der sozialdemokratischen Versammlung — Gesundheit, Wohlhabenheit und auch Bildung vorgeherrschet hätten, sei bei den Franzosen Armut, Krankheit und Unbildung zu finden gewesen, ja die Entehrung hätte manchem der letzteren aus den Augen gesucht. Diese Dinge haben den Berichterstatter der „Braunschweigischen Landeszeitung“ in der Ueberzeugung gefestigt, daß es die deutschen Arbeiter viel besser haben als die französischen. Reflös teilen wir diese Meinung nicht, dafür sind uns die einschlägigen Verhältnisse zu bekannt. Trotzdem ist es keine üble Illustration zu dem sozialdemokratischen Verelendungsgeplärre. Diese Illustration wird noch verstärkt durch den Bericht, welche die französische Abordnung von ihrer Deutschlandreise in der sozialdemokratischen Zeitung „Querre Sociale“ gibt; da ist u. a. zu lesen:

„Was bedeuten denn unsere fast leeren Gewerkschaftskassen gegenüber den Millionenreichen deutschen Kassen? Was sollen unsere elenden Käseblätter gegenüber den gewerkschaftlichen und sozialistischen Zeitungen mit Niesenaufgaben in Deutschland bedeuten? Und was sagen wir zu den elenden Böckern, in denen sich die Bureaus unserer Gewerkschaften befinden, gegenüber den großen und bequemen, fast luxuriösen Volkshäusern, welche die deutschen Arbeiterorganisationen beherbergen?“

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß eine Arbeiterschaft, welche die genannten kostspieligen Dinge schaffen kann, wozu immerhin erhebliche materielle Opfer nötig sind, nicht am Verelenden ist, sondern sich in aufsteigender Richtung bewegt. Die sozialdemokratische Verallgemeinerung von der „Verelendung der Massen“ ist daher nichts weiter als ein Schlagwort, billig wie Brombeeren, dem jede Beweislast abgeht, nur darauf berechnet, den deutschen Arbeitern die Liebe zum Vaterlande zu verfehlen, um in diesem Milieu ihre Parteiinteressen zu fördern.

Der Verband der Arbeitgeber des bergischen Industriebezirks (Sitz Elberfeld) zählt nach einem soeben erschienenen Bericht gegenwärtig:

347 Mitglieder, die rund 55000 Arbeiter, männliche, weibliche und jugendliche zusammengerechnet, beschäftigen. Es beziehen die folgenden Unterverbände: 1. der Seidenstofffabrikanten mit dem Sitz in Elberfeld, 2. der Fabrikanten von Zanella- und ähnlichen Geweben mit dem Sitz in Elberfeld, 3. der Riemenherstellers mit dem Sitz in Warmen, 4. der Maschinenfabrikanten mit dem Sitz in Warmen, 5. der Wuppertaler Färber-Vereinigung mit dem Sitz in Warmen, 6. der Wandfabrikanten mit dem Sitz in Warmen, 7. der Seidenwandfabrikanten des bergischen Industriebezirks mit dem Sitz in Elberfeld, 8. der Seiden- und Kunstseidenfärber mit dem Sitz in Elberfeld, 9. der Fabrikanten von Wandstuhlfabrikaten von Warmen, Elberfeld und Umgegend mit dem Sitz in Warmen, 10. der bergischen Ehengarnfabrikanten mit dem Sitz in Warmen, 11. der Färberei- und Bleichereibesitzer mit dem Sitz in Warmen, 12. der Ronsdorfer Färbereibesitzer mit dem Sitz in Ronsdorf.

Bezüglich des Koalitionsrechtes der Arbeiter tutet der Verband mit den übrigen Unternehmerorganisationen in dasselbe Horn. Er klagt in beweglichen Tönen über die Beschäftigung von Arbeitswilligen durch die Streikposten und verlangt gesetzlichen Schutz hiergegen.

Der Bericht meint, daß schon das bloße Streikpostenwesen hinreiche, um auch einem beherzten Arbeitswilligen den Verfehr von und nach der Fabrik zu verleißen; nicht

der Belehrung und Aufklärung diene das Streikpostenwesen, sondern tatsächlich der Einschüchterung und Abschreckung der Arbeitswilligen. Es sei daher notwendig, immer und immer wieder auf dieses Unwesen, als auf einen Mißbrauch des Koalitionsrechtes hinzuweisen und auf seine Beseitigung zu drängen. Vorstand und Vorstandsrat hatten bereits eine entsprechende Eingabe an den Staatssekretär betreffs größeren Schutzes der Arbeitswilligen beschließen gehabt, als fast gleichzeitig von dem Verein Deutscher Arbeitgeberverbände, Berlin, der Zentrale, die Sammlung von Material zu einer Eingabe in derselben Sache eingeleitet worden sei.

Es erscheine angebracht, die Arbeitgeber darauf aufmerksam zu machen, mehr als bisher auf die Gründung von unternehmerfreundlichen Organisationen bedacht zu sein. Als solche kamen die vaterländischen Arbeitervereine und Werkvereine in Betracht.

Wir sind der Ueberzeugung, daß der Arbeitgeberverband mit seinen „gelben“ Liebschaften bei der Arbeiterschaft des bergischen Landes sehr wenig Entgegenkommen finden wird, ebenso hoffen wir von der Staatsregierung und dem Reichstage, daß sie den Versuchen der Unternehmer zur Beschneidung des ohnehin kümmerlichen Koalitionsrechtes der Arbeiter kein Gehör schenken werden.

Unsere Kollegen aber mögen diese Dinge zur Warnung dienen, mit ernstem Eifer für die Stärkung der christlichen Gewerkschaften zu arbeiten. Nur diese werden schließlich alle arbeitserfindlichen Bestrebungen der Unternehmer abzumehren imstande sein. Mit dem Wachsen der gewerkschaftlichen und politischen Sozialdemokratie wächst die Gefahr einer Verflechtung unserer Rechte.

Eine interessante Entscheidung. Gelegentlich eines Lohnkampfes im Hamburger Hafen vor mehr denn vier Jahren hatten die Vertrauensleute der Arbeiterschaft nach einer Verhandlung mit den offiziellen Vertretern des Hafnarbeitervereins sich verbindlich gemacht, ihren im Kampfe stehenden Kollegen anzuraten, sich zu verpflichten, nach Wiederaufnahme der Arbeit die Unorganisierten nicht zu belästigen und den Zugang von Arbeitswilligen nicht zu stören. Im Oktober 1907 warnten nun sozialdemokratische Blätter vor dem Zugang nach Hamburg, wie die Unternehmer behaupteten, auf Veranlassung des Vorstandes des Hafnarbeiterverbandes. Weiter hätten im Juni 1907 organisierte Hafnarbeiter eine Reihe Kontraktarbeiter gezwungen, die Arbeit zu kündigen und diese mit Kontrollmarken versehen. Aus den Gründen klagte der Arbeitgeberverband gegen den Hafnarbeiterverband wegen Verletzung eines abgeschlossenen Vertrages, wurde aber vom Hanseatischen Oberlandesgericht III. Zivilsenat in der Hauptsache abgewiesen. Auf eingeleitete Revision hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Oberlandesgericht zurück, zur nochmaligen Verhandlung vor einem andern Senat. Das Reichsgericht war auf Grund des vorliegenden Materials zu der Ansicht gelangt, daß tatsächlich eine Versammlung des Hafnarbeiterverbandes die von den Vertrauensleuten mit den Vertretern des Arbeitgeberverbandes vereinbarten Abmachungen akzeptiert habe und daß die erwähnten Vertrauensleute als offizielle Vertreter des Verbandes zu betrachten gewesen seien. Die Abmachungen besäßen deswegen rechtsverbindliche Kraft. Trotzdem wurde die Klage vom Oberlandesgericht erneut abgewiesen, in der Hauptsache deswegen, weil — wie sich mittlerweile herausstellte — die Unternehmer sich damals selbst nicht klar waren, mit wem von der Kommission man verhandeln wolle und die Vertrauensleute der Arbeiter tatsächlich kein offizielles Mandat hatten. — Vielleicht, daß diese Entscheidung den Arbeitgeberorganisationen Veranlassung gibt, in Zukunft nur mit offiziellen Vertretern der Arbeiterorganisationen zu verhandeln.

Aus unserer Industrie.

Ueber den Geschäftsgang in den Nacher Tuchfabriken

Im Geschäftsjahre 1910/11 läßt sich der Bericht der Nacher Handelskammer wie folgt aus:

Der, in fast allen größeren deutschen Textilstädten beobachtete Rückgang des Verbrauchs betrafte in erster Linie auf der für unsere Industrie ungünstigen Richtung der Mode, die für Herrenstoffe statt der bisher so beliebten Kammgarnstoffe den Cheviotgenre, der zumeist aus England bezogen wird, ins Vordertreffen brachte, während gleichzeitig die seit Jahren so außerordentlich bevorzugten Damentuche der Samt- und Seidenmode weichen mußte. Die Ausfuhr lag schwieriger, als seit vielen Jahren, da die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten von Nordamerika durchaus noch nicht gesundet waren und die dortigen Zollbehörden die Einfuhr deutscher Waren durch Schwierigkeiten bei der Verzollung immer mehr unterbinden. Auch bei den meisten übrigen Exportgebieten war durch hohe Zölle und durch die Erstarkung der dortigen Industrie ein Rückgang zu verzeichnen und nur Süd-Amerika bezog infolge der Zentimeter größerer Mengen von hier. Die Handelsverträge haben der deutschen Tuchindustrie bisher recht unerfreuliche Verhältnisse gebracht; die Erleichterungen nahmen von Jahr zu Jahr zu, wie neuerdings wieder durch die französischen Zollherabsetzungen für Damentuche. Es erscheint daher durchaus geboten, bei neuen Abchlüssen, z. B. mit Schweden und Japan, den Interessen unserer Industrie mehr Rechnung zu tragen als bisher.“

Als Unterabteilung der Tuchfabrikation ist naturgemäß im Lohnwebereigewerbe ebenfalls der Grad der Beschäftigung ein überaus schlechter gewesen. Die bei den Tuchfabriken infolge des flauen Geschäftsganges spärlich einlaufenden Aufträge konnten, ohne Inanspruchnahme der Lohnwebereien, von den Fabriken selbst erledigt werden. Durch diese also gekennzeichnete Lage ist

die Zahl der Textilarbeiter nicht unbedeutend zurückgegangen, viele derselben versuchten mit Erfolg in anderen Industriezweigen, besonders der Metallindustrie Unterkommen zu finden.

Verschiebungen im deutschen Konfektionsexport.

Wir haben in dem Artikel der vorigen Nummer, „Politische Interessengegenstände“, darauf hingewiesen, daß unsere textile Fertigungsindustrie, die Konfektion u. a. hervorragend auf das Auslandsgeschäft angewiesen ist. Nun haben sich im letzten Jahre in diesem Auslands-geschäfte merkbare Verschiebungen gezeigt, alte Kunden lassen nach in ihren Käufen, neue treten auf oder beden ihren Bedarf in immer stärkerer Maße in Deutschland. Großbritannien und die Niederlande incl. deren Kolonien standen bislang an der Spitze der Absatzgebiete Deutschlands, aber dieser Platz wird ihnen zusehends von der Schweiz und Dänemark streitig gemacht. Der „Konfektionär“ berichtet darüber:

„Im laufenden Jahre ist speziell die Ausfuhr nach den Niederlanden so gering, wie in keinem der drei vorangegangenen Jahre, obgleich doch die letzten Jahre im Zeichen der Depression standen, und die Ausfuhr nach Großbritannien läßt ebenfalls viel zu wünschen übrig. Beide Länder schränken ihre Bezüge gegenüber den vorjährigen sehr ein, und entfernten sich damit immer mehr von den Mengen, die sie noch im Jahre 1907 der deutschen Konfektionsindustrie abgenommen haben. Die Ausfuhr Deutschlands an Kleidern, Fußwaren und sonstigen genähten Gegenständen aus Gezeinstoffen oder dergl. betrug nämlich im ersten Halbjahre in Doppelzentnern nach

	1907	1909	1910	1911
Großbritannien	11736,39	8734,51	9900,53	9729,94
den Niederlanden	10908,15	9574,16	9735,60	9538,46

Die Abschwächung der Kaufkraft gegenüber dem Vorjahre ist bei beiden Ländern ziemlich gleich groß: im Vergleich zu 1907 aber ist der Rückgang der Ausfuhr nach Großbritannien noch weitaus empfindlicher. Es nahm um rund 18 Prozent weniger Ware als im Jahre 1907 von der deutschen Konfektionsindustrie ab, während der Minderbedarf der Niederlande gegenüber 1907 immerhin nur 12,5 Prozent beträgt.

Der Rückgang gegenüber dem vorigen Jahre ist bei Großbritannien hauptsächlich durch den Minderabsatz seidener Fußwaren, wollener Frauen- und Mädchenkleider, Blusen, Schürzen, Unterröcke und bei den Niederlanden durch die geringere Ausfuhr von baumwollenen Blusen, Schürzen und Unterröcken veranlaßt worden.

Ein Äquivalent für die sinkende Kaufkraft Großbritanniens und der Niederlande bezw. ihrer Kolonien hat nun bis zu einem gewissen Grade der wachsende Bedarf der Schweiz und Dänemarks, denen auch Argentinien noch hinzugefallen ist. Nach diesen drei Ländern führte Deutschland im ersten Semester der nachfolgenden Jahre in Doppelzentnern Konfektionswaren aus:

	1907	1909	1910	1911
Schweiz	5867,31	5426,74	6197,33	6515,83
Dänemark	2082,37	1525,94	2122,49	2145,20
Argentinien	682	521	865	1247,08

Der schweizerische Markt hat seine Aufnahmefähigkeit für deutsche Konfektionsartikel in den letzten drei Jahren andauernd kräftig gesteigert, so daß der Absatz dorthin im laufenden Jahre selbst den des Jahres 1907 schon um 11 Prozent übersteigt. Bei Dänemark ist die Tendenz die gleiche, wenn auch der Vorsprung gegenüber 1907 nicht so kräftig ist, wie bei der Ausfuhr nach der Schweiz. Von wollenen Männern- und Frauenkleidern wurden im ersten Semester d. J. 1479 Doppelzentner nach der Schweiz geliefert gegen 1376 Doppelzentner im Vorjahre und 1575 Doppelzentner im gleichen Zeitraum 1907. Die Ausfuhr baumwollener Blusen, Schürzen, Unterröcke nach der Schweiz, die im ersten Semester 1907 nur 339 Doppelzentner betrug, und sich im vorigen Jahre auf 587 Doppelzentner stellte, ist im laufenden Jahre auf 611 Doppelzentner gestiegen. An baumwollenen Kleidern wurden in diesem Jahre 563 Doppelzentner nach der Schweiz geliefert gegen 373 Doppelzentner im Jahre 1907, an Fußwaren aus anderen Spinnstoffen als Baumwolle usw. endlich 372 (im Vorjahre sogar 421 Doppelzentner) gegen 133 Doppelzentner in der Vergleichszeit 1907. Die Zunahme der Ausfuhr nach Dänemark beruht auf der Mehrerzeugung feinerer Fußwaren, baumwollener Blusen, Schürzen, Unterröcke und baumwollener Kleider. Argentinien hat seinen Bedarf an wollenen Frauen- und Mädchenkleidern von 95 Doppelzentner im ersten Semester 1907 auf 672 Doppelzentner im laufenden Jahre gesteigert. Im vorigen Jahre waren auch erst 468 Doppelzentner nach Argentinien exportiert worden.

Noch zwei Länder spielen unter den Abnehmern der deutschen Konfektionsindustrie eine besondere Rolle; das sind die Vereinigten Staaten von Amerika und Schweden, die beide dem deutschen Markt im laufenden Jahre wieder weit größere Mengen entnommen haben als im vergangenen, resp. im Jahre 1907. Die Ausfuhr nach diesen Ländern entwickelte sich im ersten Semester der nachfolgenden Jahre folgendermaßen. Deutschland fandte in Doppelzentnern Konfektionswaren nach:

	1907	1909	1910	1911
Vereinigte Staaten	1279,07	2125,04	2261,20	2107,89
Schweden	1363,43	1015,04	1201,82	1472,25

Der amerikanische Bedarf hielt sich zwar nicht auf der Höhe der beiden Vorjahre, doch ist der Vorsprung gegenüber 1907 noch außerordentlich stark. Im Vergleich zu 1910 hat vornehmlich der Absatz von baumwollener Tisch- und Bettwäsche sowie leinener Wäsche abgenommen. Der durchgreifende Aufschwung, den der Export nach Schweden im laufenden Jahre aufweist, ist durch die

starken Bezüge an seidenen Fußwaren, Baumwollblusen, Schürzen und Unterröcken hervorgerufen.

Von den übrigen Abnehmern im Auslande seien noch nachstehende besonders genannt. Es betrug die Ausfuhr von Kleidern, Fußwaren und sonstigen genähten Gegenständen aus Gezeinstoffen oder Filzen im ersten Halbjahre in Doppelzentnern nach:

	1907	1909	1910	1911
Oesterreich-Ungarn	457	275	366	565,06
Deutsch-Südwestafrika	323	312	506	546
Frankreich	385	420,30	384,15	530
Norwegen	396	282	329	491
Belgien	290,14	441,31	764,58	359
Türkei	123,13	140	199	358

Die Ausfuhr nach Niederländisch-Indien ist dagegen von 527 Doppelzentnern im ersten Halbjahre 1907 auf 320 Doppelzentner im laufenden Jahre, die Ausfuhr nach Britisch-Malatta ist von 630 auf 310 Doppelzentner zurückgegangen.

Aus den Berichten der Vertreter an verschiedenen Hauptablagplätzen der Seidenindustrie

Klingt eine etwas größere Inverfidenz hinsichtlich der Geschäftsaussichten in dieser Branche als bisher heraus. Seidenstoffe werden durch Samt im Herbst doch nicht ganz zurückgedrängt werden. Wenn die bessere Stimmung für Seidenfabrikate einstweilen nicht in größeren Aufträgen ihren Ausdruck findet, so liegt dies zunächst an der Jahreszeit, ferner am Mangel an durchschlagenden Neuheiten in Seidenstoffen. Die Kundenschaft ist sich über die Einzelheiten der Herbstmode noch nicht im Klaren.

Das heiße Wetter bringt den Detailgeschäften einen guten Absatz in Boiles, Musselinen, Gaze, China-Crêpe und ähnlichen leichten Stoffen. Man sieht aber in Voiles mehr Nachahmungen in Wolle als echte Seiden-Voiles. Ueberhaupt muß man feststellen, daß die ganz feinen dünnen Baumwoll- und Wollgaze heute in einer Vollendung hergestellt werden, die kaum noch zu übertreffen sein dürfte. Die genannten Materialien eignen sich weit mehr als früher zur Herstellung ganz dünner Gewebe, daher die starke Konkurrenz für die seidene Stoffe.

Was Seidenstoffe für den Herbst anbelangt, so hören wir, daß maßgebende Größen in China aufnehmen, meistens auf Messaline, etwas auch auf Taffet. Man bestellt heute wieder mehr Blumenmuster, und zwar sowohl auf hellem wie auch auf dunklem Grund. Bei der offenkundigen Vernachlässigung von Jacquardgeweben kann man den neuen sehr geschmackvollen Dessins in China sicher eine gute Annahme prophezeien. Was in diesem Jahre wirklich durchschlagend waren vor allen Dingen Imprimes. Nur bedruckte Artikel wurden überall aufgenommen und zwar auf den verschiedensten Geweben, wie Japan, Pongee, Beau de Soie, Satin de Chine, Satin Liberty und Twill. Die Woderichtung für den Herbst geht wie bisher auf glatte Gewebe hinaus; gegen voriges Frühjahr läßt sich kaum ein Unterschied feststellen. Nur die Vorliebe für weiche Gewebe ist nicht so ausgeprägt wie in der letzten Saison.

In der Konfektion spricht man von feiner gerippten Geweben und von Beau de Soie als Überstoffe für Mäntel. In Futterstoffen werden wohl glatte Gewebe wieder im Vordergrund stehen, denn für gemusterte gibt sich wenig Interesse kund. Neuerdings wird auch wieder mehr Taffet sowohl als Futter als auch für Unterkleider gefragt, was auf die Breite für den Artikel wohl von günstigem Einfluß sein dürfte.

Von einigen Seiten werden für Bekleidungs-Goldbrokate für den Herbst gebracht, und zwar auf weißer wie auf farbiger Kette. Da der Schuß neben dem Goldgepunkt auch noch eine andere Farbe zeigt, so haben wir einen 3-4farbigen Artikel vor uns. Wie wir von verschiedenen Seiten hören, ist die Aufnahme dieses neuen Genres bei der Kundenschaft günstig. Man vermied absichtlich auffallende Farbzusammenstellungen, was für die Verkauflichkeit des Artikels nur von Vorteil sein kann.

Im übrigen wird in den Seidenstoffabriken für Kleider und Blusen nicht nur über mangelnde Beschäftigung, sondern auch über schlechten Verdienst geklagt, im Besonderen zu Samt. Die Mode kann man natürlich nicht ändern, wohl aber darauf hinwirken, daß in den Verkaufspreisen für Seidenstoffe eine Besserung eintritt. Es wird ja bei uns nicht allein geklagt: in der Schweiz kennt man ebenfalls ein so schlechtes Geschäft wie dieses Jahr seit langen Jahren nicht. Ganz verkehrt ist es aber, bei dieser Sachlage Bestellungen durch niedrige Preise erzwingen zu wollen. Die mechanischen Webereien weisen heute eine viel zu große Stuhlzahl auf. In einer Zeit wie der jetzigen, wo die seidene Blusen viel an Umsatz verloren haben, bleibt zur Abmilderung einer besseren Geschäftslage nur die Reduktion der Betriebe.

Aus dem Verbandsgebiete.

Zur Frage der Lokalbeiträge.

Nachdem schon zwei Kollegen sich zu dem Kapitel „Lokalbeitrag“ geäußert haben, möchte auch ich einige Zeilen zu dieser Diskussion beitragen. Es will mir scheinen, als ob man diese Sache doch etwas allzu sehr von der leichten Seite ansieht. Mit mir werden wohl alle Swammer darin einig sein, wie schwer gerade die Erhebung von Ortsbeiträgen ist, und darum möchte ich entschieden davon abraten, dieses gefährliche Experiment zu unternehmen. Schon mit Rücksicht auf die vielen, mit großer Mühe gewonnenen neuen Mitglieder sollten wir dieses nicht tun. Ueberhaupt, sollen wir niemals zu Perioden ruhiger Entwicklung kommen? Das stetige

Kapitel Beitragserhöhung ist eine der unangenehmsten Erscheinungen in unserem Gewerkschaftsleben und kann auch einem langjährigen Mitstreiter die Sache verleidet. Auf die Gefahr hin, als Reaktionär verschrien zu werden, sage ich, unser jetziger Beitrag ist hoch genug und dem Einkommen eines Textilarbeiters angemessen. Auch ich bin dafür, daß unsere Kriegskasse möglichst stark wird und darum schlage ich vor: Es möge der 15%ige Anteil auf 10% herabgesetzt werden. Mit diesem Anteil werden wohl die meisten Ortsgruppen bei einiger Sparfamkeit auskommen, und diejenigen, die nicht damit auskommen, werden es noch viel weniger mit einem Monatsbeitrag von 10 Pfennig können, und insolgedessen auf andere Hilfsquellen angewiesen sein.

Also vorläufig keine weitere Belastung unserer Mitglieder, statt dessen 5% weniger in unseren Ortsgruppenkassen und damit werden wir unserer lieben Gewerkschafts-sache mehr dienen als durch die geplanten tief einschneidenden Steuerungen.

Jungenbroich.

Zu derselben Frage wird uns von einem Kollegen aus Süddeutschland geschrieben:

Vor nunmehr bald drei Jahren wurde von der Augsburger Verbandsgeneralversammlung gemäß einem Antrage des Zentralvorstandes und einer Anzahl Ortsgruppen die heute noch in unserem Verbands geltenden Mindestbeiträge beschlossen. Einstimmig und mit heller Begeisterung wurde von den Vertretern zur Verbandsgeneralversammlung diesem fortschrittlichen Beschlusse zugestimmt. Dieselben Gründe, die damals alle Delegierten ausnahmslos veranlaßt haben, Mindestbeiträge festzusetzen und damit unsere Organisation leistungsfähiger zu machen, können auch heute zum Teil für die Notwendigkeit der Einführung von Lokalbeiträgen in unserem Verbands ins Feld geführt werden.

Schon lange vor der Augsburger Verbandsgeneralversammlung zahlten taufende Verbandsglieder freiwillig die in Augsburg erst beschlossenen höheren Beiträge. Haben wir nicht auch jetzt schon eine ganze Anzahl Ortsgruppen im Verbands, die schon seit längerer Zeit freiwillig Lokalbeiträge eingeführt haben? Ein Blick in die Quartalsabrechnungen zeigt uns, daß einzelne dieser Ortsgruppen mit Lokalbeiträgen ein recht ansehnliches Ortsgruppenvermögen sich erworben haben.

Auch sehr viele, vielleicht die allermeisten Stützen des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes erheben schon seit Jahren Lokalbeiträge. Da dürfen wir doch in Punktio Dürftigkeit nicht zurückstehen gegenüber unseren Gegnern.

Die Annahme, als ob eine Organisation bei niedrigen Mitgliederbeiträgen hohe Mitgliederzahlen erreichen könnte, ist durchaus falsch. Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften sind trotz ihrer im allgemeinen recht niedrigen Beiträge den Krebsgang gegangen, während die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften gewaltig erstarkt sind, obgleich diese die Mitgliederbeiträge im Interesse der Arbeiter wiederholt erhöhen mußten. Diese Erscheinung ist darauf zurückzuführen, daß eben bei erhöhter Opferfreudigkeit der Mitglieder auch die Leistungsfähigkeit des Verbandes steigt. Je leistungsfähiger aber der Verband ist, desto mehr und eher schließt sich die Arbeitererschaft ihm an.

Ein überaus großes Interesse müssen aber alle Mitglieder haben an einer starken und leistungsfähigen Organisation. Und das kann nur eine Organisation mit einer starkgefüllten Kriegskasse sein, weil die Unternehmer framer und fester wie je sich zusammenschließen in Scharmacherverbänden, die der Gewerkschaftsbewegung durch Auswerrungen, schwarze Listen usw. den Garaus machen wollen. Hier müssen sich alle Mitglieder sagen, daß es doch viel klüger ist, daß durch eine allgemeine Einführung von Lokalbeiträgen die Zentralkasse entlastet wird und damit bei großen Kämpfen allen Anforderungen gerecht werden kann, als daß durch zu niedrige Beiträge eine Organisation schließlich gezwungen ist, sich auf Gnade oder Ungnade den Scharmachern zu ergeben. Untug würden darum alle diejenigen Mitglieder handeln, die aus Sparfamkeitsrücksichten von der Einrichtung oder Einführung eines Lokalbeitrages nichts wissen wollten, denn diese könnten dann zuguterletzt durch die Willkür der Scharmacher noch gezwungen werden, einen viel größeren Beitrag in den recht tiefen Beutel des Kapitalismus zahlen zu müssen.

Darum rufe ich zum Schluß allen Mitgliedern zu: Weg mit aller Kleinmütigkeit! Stillstand bedeutet nur Rückgang. Es gilt, die Mitglieder gründlich aufzuklären über die Notwendigkeit der Einführung von Lokalbeiträgen in allen Ortsgruppen unseres Verbandes. Es gilt, unseren Bruderverbänden im Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften zu beweisen, daß unser christlicher Textilarbeiterverband keine rückständige Organisation sein will, sondern daß unser Verband auch dem Beispiele der allerersten christlichen Gewerkschaften bald folgen und in allen Ortsgruppen Lokalbeiträge einführen will. Nur Kampf kann zum Siege führen, aber Kämpfe können immer nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn man beizeiten keine Opfer scheut hat.

Franz G.

Aus unseren Bezirken.

Bezirk Bamberg.

Unsere Bezirkskonferenz fand am 6. August in Bamberg statt. Die Anwesenheitsliste wies insgesamt 53 Konferenzteilnehmer auf. Es hatten von den in Nordbayern und Hessen gelegenen Ortsgruppen 10 Gruppen ihre Vertreter entsandt. Der Zentralvorstand des Verbandes war vertreten durch den Kollegen Camps aus Münster in Westfalen. Auch mehrere Vorsitzende von Bruderverbänden nahmen an den Verhandlungen teil.

Aus dem Geschäftsbericht des Bezirksvorsitzenden ist folgendes zu entnehmen:

Die Mitgliederzahl sank in der Berichtszeit (von Ende Juni 1910 bis Ende Juni 1911) hauptsächlich infolge des ungünstigen Geschäftsganges, der zur Folge hatte, daß mehrere Lohnbewegungen den Beteiligten zum Teil gar keine und zum Teil nur teilweise Erfolge brachte, von 1123 auf 907. In der Hauptsache kann der Mitgliederrückgang nicht verbucht werden als ein Mitgliederverlust der christlichen Gewerkschaften, da viele der aus dem christlichen Textilarbeiterverbande Ausgetretenen, hauptsächlich wegen der niedrigen und unzulänglichen Löhne in der Textilindustrie, sich andere und besser lohnende Beschäftigungen zu suchen gezwungen waren. Die in andern Industrien und Gewerben Arbeit angetommenen Mitglieder veränderten fämtlich ihren Berufsverbänden, die dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angeschlossen sind, zugeführt. In der Berichtszeit hat auch der sozialdemokratische Textilarbeiterverband, besonders in Nordbayern, noch bedeutend größere Mitgliederverluste erlitten, nicht zuletzt wegen der aus Anlaß der Bewegung für die Einführung des freien Samstagsnachmittags erfolgten Aussperrung in der bayerischen Textilindustrie, die wegen der arbeiterschädigenden Kampfeskraft der Führer des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes einen für die Arbeiterschaft unglücklichen Ausgang nahm. Die Einnahmen der Ortsgruppen aus Mitgliederbeiträgen sind trotz des Mitgliederrückganges gegenüber dem Vorjahre noch gestiegen und betragen rund 20000 M. Neben einer intensiven Agitationsarbeit waren auch die gewerblichen Interessen der Mitglieder wahrzunehmen. Von 13 größeren Lohnbewegungen endeten nur 10 mit einer teilweisen und 3 Bewegungen ohne jeden direkten Erfolg. Die Zahl der an den Bewegungen beteiligten Arbeiter betrug über 2900. Für viele Arbeiter, die an den Lohnbewegungen beteiligt waren, die mit einem teilweisen Erfolge endeten, wurden bedeutende Summen an Mehrlohn erreicht bzw. erhalten.

An den Geschäftsberichten, sowie an ein Referat über die agitatorischen und organisatorischen Aufgaben der nächsten Zeit, das vom Geschäftsführer Bittelstätt erstattet wurde, schloß sich eine anregende Diskussion an. Das Resultat war ein in allen Punkten vollständiges Einverständnis mit dem Vorgehen und den Maßnahmen der Bezirksleitung.

Nachfolgende, von mehreren Konferenzdelegierten eingereichte und unterzeichnete Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 6. August 1911 in den Quirpoldalen zu Bamberg stattfindende ordentliche Konferenz des 10. Verbandes des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands erkennt die Notwendigkeit der Einführung von Lokalbeiträgen in allen Ortsgruppen des Verbandes an und empfiehlt zur Bekräftigung der örtlichen Verwaltungskosten im ganzen Verbande Lokalbeiträge einzuführen, um die Zentralkasse durch Befassung des 15 Prozent betragenden Ortsgruppenanteils zu stärken. Die Delegierten verpflichten sich, die Mitglieder aufzuklären über die Notwendigkeit der Einführung von Lokalbeiträgen und dahin zu wirken, daß recht bald in den Generalversammlungen der Ortsgruppen die Mitglieder der Einführung von Lokalbeiträgen beschließen.“

Von dem Zentralvorstandsmittler Camps wurde ein eingehendes Referat über die Reichsversicherungsordnung erstattet und im Anschluß daran zum Punkt „Wahl des Bezirksvorsitzenden“ geschritten, der seine Erledigung dahingehend fand, daß der bisherige Bezirksvorsitzende Müller einstimmig wiedergewählt wurde. Dieser konnte dann nach einer kurzen aber lehrreichen Aussprache über Einrichtung von Unterrichtskursen und Pflege der Statistik die imposant und eindrucksvoll verlaufene, mehr als sechsstündige Tagung mit einem Hoch auf den Verband, in das alle Konferenzteilnehmer mit voller Begeisterung einstimmten, schließen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Forst (Raust). Aus einer sozialdemokratisch geleiteten Krankenkasse! Netze Zustände scheinen in der hiesigen Ortskrankenkasse der Fabrikarbeiter zu herrschen. Wie oft ertönt nicht im sozialdemokratischen Blätterwald sowohl als auch in den „freien“ Gewerkschaftsorganen das bekannte Lied von den Bettelstuden, welche der Arbeiterschaft durch unsere sozialen Gesetze gereicht würden. Schreiblustige Genossen schreiben sich ja besonders in der letzten Zeit fast die Finger wund in bezug auf die Reichsversicherungsordnung. Da können die Leistungen in den einzelnen Versicherungszweigen nicht hoch genug sein. In der hiesigen Ortskrankenkasse der Fabrikarbeiter, welche von wackelnden Genossen geleitet wird, scheint man jedoch anderer Ansicht zu sein. Dort scheint man von der Ansicht auszugehen, daß die Unterhaltungen zu hoch seien. Tatsache ist, daß man in genannter Kasse sogar versucht, den Mitgliedern das vorzutrinken, worauf dieselben einen gesetzlichen Anspruch haben. Folgendes Vorkommnis mag das beweisen: Eine Weberin, die am 7. April d. J. einen Unfall erlitten. Obwohl über drei Monate seitdem verstrichen waren, hielt es die Verwaltung genannter Kasse nicht für notwendig, der betreffenden Arbeiterin den Unfallzuschuß, welcher ihr doch von der fünften Woche ab zustand, auszusuchen. Als die Weberin in der 13. Woche ihre Krankenunterstützung abholte, hielt man ihr sogar das Krankengeld zurück und stellte die Zahlung des Krankengeldes ein. Obwohl dieselbe vom behandelnden Arzt noch nicht für arbeitsfähig erklärt worden war. Die Kollegin, von uns auf ihre Rechte aufmerksam gemacht, verlangte in der darauffolgenden Woche ganz energisch ihr Krankengeld, und mit den Worten: „Um Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, wollen wir Ihnen das Buch wieder ausshändigen“, gab man ihr das Buch zurück. Aber erst auf eine Beschwerde unsererseits bei der hiesigen Aufsichtsbehörde wurde die Kasse gezwungen, ihren Verpflichtungen gegenüber dem Mitgliede nachzukommen und den Unfallzuschuß auszusuchen. Ob man der Arbeiterin auch ihre Rechte vorenthalten haben würde, wenn dieselbe im sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande organisiert gewesen wäre? Wir bezweifeln es.

Tatsache ist, daß von der Verwaltung der Krankenkasse aus unser Mitglied zum sozialdemokratischen

Arbeitersekretariat geschickt wurde. Dasselbst wurden natürlich Befehrsversuche angestellt und gesagt, wenn sie im „deutschen“ Verbande wäre, würden sie die Sache schon regeln usw. Alle Befehrsversuche fielen jedoch ins Wasser. Die Kollegin gab dem Genossen die richtige Antwort, indem sie sagte: „Wir haben selbst Beamte, welche mir gern zu meinem Rechte verhelfen werden.“ — In einer anderen Kasse soll es dieser Tage vorgekommen sein, daß einem Kranken gesagt wurde: „Sie müssen wieder arbeiten gehen, denn es sind zu viele Kranke vorhanden.“

Textilarbeiter und -Arbeiterinnen von Forst und Umgegend! Reut aus diesen Vorgängen und stärkt die Reihen des christlich nationalen Textilarbeiterverbandes, der stets bereit sein wird, die Interessen der Arbeiterschaft in uneigennützigster Weise zu wahren.

Vörrach. Unsere Mitgliederversammlung am 28. Juli war zahlreich besucht. Der Kassierer, Kollege Oberle, erläuterte den Kassenbericht vom zweiten Quartal. Es wurde ihm Entlastung erteilt. Darauf schilderte Kollege Kiefer in seinem Vortrage über „die Wohnungsfrage“ die Bedeutung einer schönen, gesunden und preiswerten Wohnung für den Arbeiterstand. Die Diskussion war sehr lebhaft. Es wurde beschlossen, dem Badischen Landeswohnungsverein als körperschaftliches Mitglied beizutreten. Als Delegierter zur Bezirkskonferenz wurden die Kollegen Schür und Thomann gewählt.

Neustadt D.-S. Im Dezember vorigen Jahres fand im Saale des Herrn Winter hier selbst die alle drei Jahre wiederkehrende Wahl der Vertreter zur Allgemeinen Ortskrankenkasse Neustadt statt. Diesen Wahlen hatten die Genossen bis dahin wenig oder gar keine Beachtung geschenkt, was auf Seiten der anderen Arbeiterschaft eine gewisse Sorglosigkeit zur Folge hatte. Aus triftigen Gründen beteiligte sich das Ortsrat der christlichen Gewerkschaften nicht an der Wahl. So war es denn den Genossen ein Leichtes, eine Ueberumpelung der Kasse durchzuführen und den Sieg an sich zu reißen. Aber man frage nur nicht, wie. Eine ganze Anzahl Genossen hielt den Wahlzettel fest, sodaß andere nur mit Mühe ihren Stimmzettel abgeben konnten und eine Anzahl wieder umkehrte. Tabaksqualm und Schnapsgeruch erfüllten trotz Schnapsbotteln den Saal, und nach der erregten Diskussion unter den in vorderster Reihe stehenden Wählern zu sei Leben, konnte man sich unter Umständen auf Zärtlichkeiten gefaßt machen. Von den 150 abgegebenen Stimmen entfielen auf die sozialdemokratische Liste 107, auf die Gegenliste 43 Stimmen. Bei einer Nachprüfung der Stimmzettel im Kassenlokale ergab sich jedoch, daß auf den sozialdemokratischen abgegebenen Stimmzetteln 11 Personen als Vertreter gewählt waren, die gar nicht Kassenmitglieder waren. Außerdem hatten auch Minderjährige gewählt, sodaß vorauszufragen war, daß die Aufsichtsbehörde die Wahl als ungültig erklären würde. Die Genossen ließen sich aber durch solche Feststellungen in ihrer Siegesfreude nicht kören. Bei jeder wählenden und unpassenden Belehrung hiß es: „Die rote Blut steigt“. Ja, in der „Volkswacht“ schrieben die Genossen sogar prophetisch: „Die Herren sollen ihr blaues Wunder erleben, wenn es noch mal zur Wahl kommt.“

Die Wahl wurde denn auch für ungültig erklärt und am 9. August fand die Neuwahl statt. Durch Erfahrung gewiszig, verlegte man den Wahlort in die Aula der Knabenschule 1. Es waren 94 Vertreter und 47 Ersatzmänner zu wählen. Von 1129 Wahlberechtigten übten 388 ihr Wahlrecht aus. Von diesen 388 Stimmen entfielen auf die Liste der sozialdemokratischen Gewerkschaften 122 Stimmen, sodaß trotz der im Stillen betriebenen feberhaften Agitation eine wesentliche Steigerung der Stimmzahl gegenüber der Wahl im Winter nicht zu verzeichnen war. Allerdings wurde bei dieser Wahl den Genossen etwas auf die Finger gesehen. Verärgert meinte man auch ein Genosse mit deutlicher Anspielung auf unsere Kollegen: „Hier stehen ja über all Spione“. Die Genossen aber, die die Arbeiter vor dem Wahllokale empfingen und ins zweite Stockwerk geleiteten, waren jedenalls — Schutengel. Auf die Liste der sozialen Ausschusses bestehend aus dem christlichen Gewerkschaftsrat, katholischen Arbeiter- und Gefellenverein entfielen 265 Stimmen. Es kamen also die Genossen, die bei dieser Wahl ihr blaues Wunder erlebten. Trotzdem dürfen wir nicht ruhen, denn die Beteiligung war immer noch nicht so, wie man auf Grund der Mitgliederzahl erwarten durfte.

Walheim. Leider sind noch immer einige unserer Mitglieder mit den Bestimmungen über den Bezug unserer Arbeitslosenunterstützung nicht genügend bekannt. Wenigstens kommen immer noch Verstöße vor. Am meisten von den Mitgliedern, die die Versammlungen schlecht oder gar nicht besuchen. Der Vorstand sieht sich gezwungen, in dieser Sache strenger vorzugehen, denn die Verammlungschwänzer können doch nicht ein Uebermaß von Entgegenkommen beanspruchen. Auch unsere letzte Versammlung war wieder schwach besucht. Und doch war sie recht interessant. U. a. wurde beschlossen, ein Familienfest abzuhalten. Als Delegierter nach der Bezirkskonferenz wurde Kollege Ludwig Dillender gewählt.

Soziale Rundschau.

Soziale Zustände in England. Auf dem kürzlich in London stattgefundenen internationalen Bergarbeiterkongreß gab der Vertreter des deutschen sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, Genosse Hue, seine in London gewonnenen Eindrücke, laut „Arbeiterzeitung“-Essen, in folgenden Worten wieder:

„Und während die herrschende Klasse in England aus industriellen und kommerziellen Unternehmungen in Indien und Afrika ungeheure Reichtümer ansammelt, während Indien, Südafrika und andere britische Kolonien unermessliche Schätze an das Mutterland abführen, ist die Armut in diesem Lande zu einer erschreckenden Höhe gestiegen. In keiner großen Stadt sah ich so große Mengen völlig beschlossener, in Lumpen gehüllter Menschen (lebhaftes Zustimmung), sah nirgendwo eine so entsetzlich große Zahl verwaarloster Kinder im Straßenot liegen, als in London. Und dieses ist die Metropole des sprichwörtlich reichen britischen Weltreichs.“

Da sieht es in Deutschland, und selbst in unserem „reaktionären“ Preußen doch besser aus. Das wird sich auch Hue innerlich gesagt haben.

Diese von Hue geschilderten Zustände sind zum Teil mit darauf zurückzuführen, daß in England die ungelernnten Arbeiter starke Organisationen nicht haben. Die englischen Gewerkschaften haben sich um diese Verufe nur wenig oder gar nicht gekümmert. Sie umfassen vorwiegend die gelernnten Arbeiter. Eine staatliche Arbeiterfürsorge, wie wir sie in unserer Arbeiterversicherung

haben, besitzt England zur Stunde ebenfalls noch nicht. So ist es begreiflich, wenn gerade in diesen unteren Volksmassen noch eine Unsumme von Not und Elend zu finden ist. Immerhin ein Beweis, daß auch England nicht jenes Land ist, das für die Arbeiterschaft „von Milch und Honig“ fließt.

Deutschlands Außenhandel im ersten Halbjahre. Die starke Zunahme der Einfuhr, die sich in den Monaten Februar und März d. J. gezeigt hatte, hat in den folgenden Monaten wieder nachgelassen und im Monat Juni sogar einem Ausfall gegenüber dem Vorjahre Platz gemacht. Dennoch wäre es verfehlt, in dieser Abnahme ein ungünstiges Zeichen erblicken zu wollen. Im Gegenteil sind die Aussichten für die Bewegung der Wareneinfuhr insofern günstig, als wir mit steigendem Bedarf an gewerblichen Rohstoffen zu rechnen haben. Die Zunahme der allgemeinen Beschäftigung muß vermehrte Einfuhr hervorgerufen, und es ist nur noch fraglich, in welchem Grade die Rohstoffpreise in den nächsten Wochen den Wert der Einfuhr beeinflussen werden. Schon im Monat August fühlt man ja an Warenmarkt das Anziehen des Bedarfs deutlich, was dann sofort in der Preisbildung zum Ausdruck kommt. In den ersten sechs Monaten des laufenden und vorigen Jahres gestaltete sich die Wareneinfuhr Deutschlands in absoluten Ziffern und in Prozent der Gesamteinfuhr des Jahres 1910, wie folgt:

	1910		1911	
Einfuhr	Doppelzentner	Index	Doppelzentner	Index
Januar	42 743 227	6,6	42 613 373	6,6
Februar	36 109 131	5,6	44 073 739	6,8
März	45 159 016	7,0	54 278 949	8,4
April	55 040 489	8,5	56 040 489	8,7
Mai	52 007 509	8,1	56 872 532	8,8
Juni	64 313 636	10,0	61 185 719	9,5

Auf das ganze erste Halbjahr entfielen im Jahre 1910 45,8% der Gesamteinfuhr dieses Jahres, auf das erste Halbjahr 1911 48,8%. Die Zunahme beträgt demnach bis jetzt 3%, was ganz stattlichen Zuwachs bedeutet. Der Wert der Einfuhr stellte sich, nach den vorläufigen Angaben, für das erste Halbjahr 1910 auf 4613,43 Mill. Mark, für das laufende Jahr auf 4771,36, das sind 158,43 Mill. M. mehr. Eine Vorstellung von dem Umfang der Wareneinfuhr kann man sich machen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß täglich durchschnittlich Waren im Werte von 26,36 Mill. M. ins deutsche Zollgebiet eingeführt wurden.

Noch kräftiger als die Einfuhr hat sich die Ausfuhr von Waren im laufenden Jahre entwickelt. Hier war die Bewegung im ersten Vierteljahr besonders lebhaft. Auch der Monat Mai brachte im Vergleich zum Vorjahre starken Aufschwung, während in den Monaten April und Juni die Ausfuhr niedriger war, als in der entsprechenden Zeit des Jahres 1910. Bei der Zunahme der Nachfrage auf dem heimischen Markte ist für die nächste Zeit mit besonderer Beschleunigung für die Ausfuhr nicht zu rechnen. In den einzelnen Monaten des ersten Halbjahres gestaltete sich die Ausfuhr absolut und in Prozent der Gesamtausfuhr des Jahres 1910 wie folgt:

	1910		1911	
Ausfuhr	Doppelzentner	Index	Doppelzentner	Index
Januar	37 303 889	6,9	44 271 179	8,2
Februar	37 483 315	6,9	46 762 424	8,6
März	42 163 738	7,7	48 768 114	9,0
April	44 351 958	8,2	43 968 437	8,1
Mai	42 513 061	7,8	49 488 631	9,1
Juni	46 526 517	8,6	43 958 240	8,1

Für das ganze erste Halbjahr 1910 ergibt sich eine Ausfuhr von 45,1% der gesamten Jahresausfuhr, für die erste Hälfte des Jahres 1911 eine solche von 51,1, oder ein Mehr von gerade 5%. Die Ausfuhr ist demnach um 2% kräftiger geworden als die Einfuhr. Der Wert der Ausfuhr stellte sich im laufenden Jahre auf 3847,86 Mill. M., gegen 3646,21 im Vorjahre. Das Mehr beträgt 201,65 Mill. M. Der Ueberchuß der Einfuhr über die Ausfuhr betrug im vorigen Jahre 967,22 Mill. M., in diesem Jahre nur 934,00 Mill. M., so daß die Handelsbilanz sich im ersten Halbjahre 1911 um 32,22 Mill. M. zugunsten Deutschlands verschoben hat.

Ein industrielles Königreich ist die Weltfirma Friedrich Krupp, A.-G. in Essen, von der ein Mitarbeiter des Münchener „Arbeiter“ folgende interessante Schilderung bietet. „Es ist ein Staat im Staate, was wir bei einem solchen Riesenunternehmen vor uns sehen. Ein Riesenbetrieb mit einer gewaltigen volkswirtschaftlichen Bedeutung für Deutschlands Stellung auf dem Weltmarkt, also auch mit sozialen Schattenseiten für die Tausende und Zehntausende, die dem Werk direkt dienstbar oder indirekt davon abhängig sind. Ganze Kommunen werden von solchen Werken beherrscht, das Schicksal von Hunderttausenden von Menschen ist mit ihnen verknüpft. Wer nicht im Bannkreis solcher industrieller Monarchien gelebt hat, kann sich kaum ein Bild von dem gewaltigen Einfluß machen, den solche Industrieriesen auf das ganze öffentliche Leben auszuüben in der Lage sind. Und die Firma Krupp ist als eine der ersten und mächtigsten Industriefürstentümer zu nennen.“

Die Firma arbeitet mit einem Aktienkapital von 180 Mill. M.; dazu kommen noch 57 Mill. Anleihen und 26 Mill. Reserven. Wie aus dem Jahresbericht der Essener Handelskammer hervorgeht, betrug die Gesamtzahl der auf den Kruppischen Werken beschäftigten Personen am 1. April d. J. 69292; darunter befinden sich 8023 Beamte. Mithin bleiben über 60 000 Arbeiter. Rechnet man auf jeden Beschäftigten nur 3 Familienglieder, so ergeben sich bald 300 000 Menschen, deren Existenz von diesem Betrieb abhängig ist. Von der Gesamtzahl der bei Krupp beschäftigten Personen kommen 37 497 auf die Gußstahlfabrik in Essen mit den dazu gehörigen Schießplätzen, 6118 auf die Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen, 1033 auf das Stahlwerk in Annen, 4112 auf das Grusonwerk in Magdeburg-Buckau, 4228 auf das Germania-Werke in Kiel, 9759 auf die Kohlen-

zechen, 1007 auf die mittelhessischen Güttenwerke und 4907 auf die Eisensteingruben im Westerwald usw.

Auf dem Hauptwerk der Firma, der Gußstahlfabrik in Essen, waren im Jahre 1910 in etwa 60 Betrieben u. a. in Tätigkeit: 7500 Werkzeuge und Arbeitsmaschinen, 19 Walzwerke, 170 Dampfhammer, 128 hydraulische Pressen, 435 Dampfseil, 554 Dampfmaschinen und 2952 Elektromotoren.

Die Werke, soweit sie von der Gußstahlfabrik Essen versorgt werden, verbrauchten 2,9 Mill. Tonnen Kohlen, davon förderten die eigenen Zechen 2,4 Mill. Tonnen. Für die Wasserversorgung wurden aus vier eigenen Werken 14, Mill. Kubikmeter Wasser gefördert und 2,8 Millionen Kubikmeter aus der Wasserleitung der Stadt Essen entnommen.

Das Gaswerk der Gußstahlfabrik hat im Jahre 1910 im ganzen 18,8 Millionen Kubikmeter Gas geliefert; dieses Gaswerk nimmt in der Erzeugung die 11. Stelle im Deutschen Reiche ein. Die Stadt Oberfeld hatte in derselben Zeit 18,7 Millionen Kubikmeter verbraucht. Das Fernsprechnetz der Gußstahlfabrik umfaßt 626 Anschlüsse und 568 km Leitung; täglich werden 8000-9000 Gespräche geführt.

Die Summen, die für die staatliche Arbeiterversicherung aufgebracht werden, sind bei einem solchen Arbeiterheer natürlich nicht gering. Im Geschäftsjahre 1909/10 wurden für Versicherungsbeiträge 4354109 M. verausgabt, für Beamten- und Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen zusammen 5482666 M. Darunter eine Million für die Beamten-Pensionskasse.

Auf dem Gebiet der Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen wird die Firma Krupp besonders gerühmt. Ihre Aufwendungen für diese Zwecke erscheinen jedoch in einem ganz anderen Licht, wenn man die Geschäftsabläufe und Riesengewinne daneben stellt.

Im Geschäftsjahr 1908/9 belief sich der Reingewinn auf 21437199 M. Der Rohgewinn aus sämtlichen Krupp'schen Werken betrug 22737457; dazu kommen noch verschiedene weitere Einnahmen im Betrag von 5007917, sodaß der gesamte Rohgewinn 27745374 Mark betrug.

Seitensammlungskalender.

- Wormen. 26. August, 6 Uhr, bei Martin, Parlamentstr. 1.
Dahlhausen (Wormen). 27. August, 2 Uhr, bei H. Singel.
Dillkrath. 27. August, 6 Uhr, bei Fritz von der Linnepe.
Generalversammlung
Dillfeldorf. 20. August, 11 Uhr, bei Peter Bütz.
Oberfeld. 19. August, 8 Uhr, bei Herterath, Klobbahn.
Nischeln. 20. August, 11 Uhr, bei Heinrich Müller.
Forst (Rauß). 26. August, 8 Uhr, im „Prälaten“, Gerberstr., öffentliche Versammlung.
Sachsenkrietz. 20. August, 6 Uhr, bei Joh. Plum, Generalversammlung.
Krefeld. 27. August, morgens 11 Uhr, in der „Reichshalle“.
Lambrecht. 19. August, 8 Uhr, bei Vogt, Generalversammlung.
Neumünster. 22. August, 8 Uhr, im kath. Vereinshaus, Bahnhofstraße.
Schnitzeln. 20. August, 10 Uhr, bei Heinrich Jägers.

I. Verbandsbezirk Krefeld.

Am 24. September, morgens 11 Uhr beginnend, findet die ordentliche Bezirkskonferenz statt. Die Ortsgruppenleiter werden gebeten die Delegiertenwahlen vorzunehmen zu lassen. (Siehe Paragraph 40 unseres Statuts.) Ort, Lokal und Tagesordnung wird später bekanntgegeben.

Mit kollegialem Gruß!

Der Bezirksvorsitzende: Jakob Pätz.

V. Verbandsbezirk Bocholt-Gronau.

Am 10. September findet in Coesfeld im Hotel zum Lindenhof unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz statt, beginnend vormittags 10 1/2 Uhr.

Die Ortsgruppen sind freundlichst gebeten, die erforderlichen Wahlen (§ 40 des Statuts) vorzunehmen. Näheres, insbesondere die zu beratenden Gegenstände, werden den Ortsgruppen durch Rundschreiben bekanntgegeben.

Mit kollegialem Gruß!

Be-nh. Otte, Bezirksleiter.

VI. Verbandsbezirk Münster.

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 3. September, in Münster statt. Die Ortsgruppenleiter mögen die nach § 40 erforderlichen Wahlen vornehmen lassen. Lokal und Tagesordnung wird den Delegierten noch bekannt gegeben.

Mit kollegialem Gruß!

Die Bezirksleitung: H. Camps.

VII. Verbandsbezirk Hannover.

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet am 17. Sept. in Hannover-Linden statt. Die Ortsgruppen werden gebeten, die erforderlichen Wahlen (§ 40 des Statuts) vorzunehmen. Alles Nähere wird den Ortsgruppen durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Mit kollegialem Gruß!

Ulrich Lenjing, Bezirksleiter.

VIII. Agitationsbezirk Schlesien.

Die diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet am 3. Sept. in Neufeld D.-S. statt. Die Ortsgruppen mögen die nach § 40 unseres Verbandsstatuts erforderlichen Wahlen baldmöglichst vornehmen. Näheres wird den Ortsgruppen durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Die Bezirksleitung.

IX. Agitationsbezirk Brandenburg-Sachsen-Thüringen.

Die diesjährigen ordentlichen Bezirkskonferenzen finden wie folgt statt:

Süd-Niederlausitz: Am 27. August, morgens 10 Uhr im Forst im Restaurant „Zum Reihsten“, Gerberstraße.
Süd-Oberlausitz: Am 10. September, morgens 10 Uhr zu Schlingenswalde im Hotel „Weintraube“.

Die Tagesordnung wird den Ortsgruppen noch zugehändelt. Die Wahl der Delegierten regelt sich nach § 40 des Statuts.

Mit kollegialem Gruß!

Hermann Sparenberg, Bezirksleiter.

XIII. Bezirk Baden.

Unsere ordentliche Bezirkskonferenz findet am Sonntag, 27. August in ... im „Klarahof“, Hammerstr. 66, um Anfang pünktlich vormittags 10 Uhr.

Die Tagesordnung ist: 1. Bureauwahl, Protokoll; 2. Geschäftsbericht des Bezirksleiters; 3. Die Lage des Verbandes und unsere nächsten Aufgaben; 4. Unsere Herbst- und Winterarbeit.

Ich bitte alle Ortsgruppen, in den nächsten Versammlungen die Delegierten zu wählen.

Ernst Kümmele, Bezirksleiter.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Aloys Eastl in Kaufbeuren.
Johann Winkes in Schaag.
Eduard Dettweiler in Mülhausen i. Els.
Friedrich Ernst Kitze in Münchenbernsdorf.
Mathias Schroer in Eupen.
Karl Friedrich in Aizenbach.
August Kremers in M.-Gladbach.
Werner Fassbender in Hochneukirch.
Gertrud Hartkopf in M.-Gladbach.
Hermann Jansen Imgenbroich.
Gerhard Agten in Gronau.
Ferdinand Veltin in Nevigés.
Frau Kath. Jacobs in Viersen.
Emilie Trehzer in Zeli a. M.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Steuerarten und Steuerysteme. Von Dr. Paul Bernig. (Staatsbürgerbibliothek Heft 14.) 8° (111) Preis 40 Pfg. M.-Gladbach 1911, Volksvereinsverlag GmbH.

Inhalt: Erster Abschnitt: I. Die Einkommen- und Vermögensbesteuerung; II. Die Einkommen- und Vermögensbesteuerung; III. Die Zuwachssteuer; IV. Gebührenäquivalent und Wehrsteuer. Zweiter Abschnitt: I. Die Verkehrenssteuern; II. Die Aufwandbesteuerung. Dritter Abschnitt: Die Zölle.

Die heutige Politik ist zum größten Teil durchsetzt von Steuer- und Finanzproblemen. Mit der Ausweitung des Aufgabenkreises unserer öffentlichen Körperschaften müssen diese Fragen einen immer breiteren Raum auch in der Presse einnehmen. Aber für ihre richtige Erfassung, für ihre richtige Bewertung fehlt im großen Publikum vielfach noch die Voraussetzung, nämlich eine wenn auch gedrungene Kenntnis der allgemeinen Steuerprinzipien und des tatsächlichen Aufbaues unseres Steuerwesens. Eine wichtige Aufgabe staatsbürgerlicher Bildung wird es darum sein, finanzwissenschaftliche Kenntnisse und Ein-

sichten einem breiteren Publikum zu vermitteln. Erst auf Grund derartiger Erkenntnisse wird es möglich sein, in Zukunft große finanzpolitische Aufgaben zu lösen.

Die beiden vorliegenden Hefte sollen nun diesem Zwecke dienen. Das erste behandelt die Grundfragen der Steuerlehre, Wesen, Zweck und Rechtsgrund der Steuer, die Reproduktivität der Besteuerung, die Frage der Steuerüberwälzung und der Einteilung und Erhebung der Steuern. Besonderes Gewicht wurde dabei auf eine möglichst klare, in allen wichtigeren Punkten umfassende Behandlung der Steuergrundsätze gelegt. Denn nur aus der richtigen Erkenntnis der Steuerprinzipien kann eine objektive Würdigung jeder Einzelsteuer oder neu auftauchender Steuerprojekte gewonnen werden. Aber auch in den andern Partien ist alles Wesentliche aus der allgemeinen Steuerlehre enthalten, so zwar, daß auch der Student hier hinreichendes Material findet.

Im zweiten Hefte (Nr. 14 der Sammlung) sind alsdann die verschiedenen Steuerarten rein objektiv zur Darstellung gebracht. Dem Inhalte nach deckt sich das Heft mit dem, was die Fachwissenschaft unter spezieller Steuerlehre begreift. Es galt da, eine gewaltige Fülle von Stoff auf begrenztem Raume zu bewältigen. Denn nicht nur die allgemeine Bewertung der einzelnen Steuern und Steuerarten sowie die verschiedenen Methoden der Besteuerung im Einzelnen sind jeweils dargestellt, auch die Haupttatsachen der Gesetzgebung haben Raum gefunden. Dabei ist die Gesetzgebung bis zur unmittelbaren Gegenwart berücksichtigt, sowohl die Reichsfinanzreform wie die bayerische Steuerreform und die Reichszuwachssteuer. Dadurch wird das zweite Heftchen nicht bloß ein Mittel zur Orientierung über die verschiedenen Steuern im allgemeinen, über ihre mögliche Ausgestaltung und wissenschaftliche Bewertung, es vermittelt auch die nötigen Kenntnisse über den tatsächlichen Inhalt unserer Steuer-gesetze. Die Diktion ist so gehalten, daß die Heftchen von Studenten ebenso gut benutzt werden können wie in Fortbildungsschulen und Arbeiterkursen.

Die Reichsversicherungsordnung und ihr parlamentarisches Verbleiben. Dargestellt von einem Mitarbeiter der Sozialdemokratischen Partei, gr. 8° (107) M.-Gladbach 1911, Volkverein-Verlag. Preis einzeln 60 Pfg., 10 Exemplare zusammen M. 5.-

Die vorliegende Schrift bringt eine Darstellung der Reichsversicherungsordnung unter besonderer Berücksichtigung ihrer Bedeutung gegenüber dem bisherigen Recht und spezieller Würdigung der Stellung, die die Zentrumspartei im Reichstage zu derselben eingenommen hat. Das erste Buch enthält die für alle Versicherungsarten gemeinsamen Vorschriften (Umfang der Versicherung, Träger der Versicherung, Versicherungsbehörden usw.). Das zweite Buch behandelt die Krankenversicherung. Ausführlicher wird hier die sogenannte Rekrutversicherung der Krankenkassen besprochen unter Hinweis auf die bisher hier vielfach übliche sozialdemokratische Parteivirkung. Im dritten Buche wird die Unfall-, im vierten die Invaliden- (Alters-) und die neu eingeführte Hinterbliebenenversicherung abgehandelt. Das sechste Buch enthält die Vorschriften über die Feststellung der Leistungen durch die Versicherungsträger sowie das Verfahren, das ebensowohl gegen früher eine Verbesserung erfahren hat. Wo die Sozialdemokratie nach ihren Erklärungen bei den bevorstehenden Reichstagswahlen die Reichsversicherungsordnung als Agitationsstück gegen die Parteien, die in mühevoller Arbeit diese geschaffen haben, auszunutzen will, dürfte die vorliegende Schrift sowohl zur Abwehr als auch zum Angriff vorzügliche Waffen liefern.

Allgemeine Steuerlehre. Von Dr. Paul Bernig. (Staatsbürgerbibliothek Heft 13.) 8° (44) Preis 40 Pfg. M.-Gladbach 1911, Volksvereinsverlag GmbH.

Inhalt: I. Begriff und Wesen der Steuer. II. Terminologie im Steuerwesen. III. Allgemeine Grundsätze des Steuerwesens. IV. Einkommen- und Steuerwesen. V. Steuerüberwälzung. VI. Einteilung und Erhebung der Steuern. Stichwörter.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Rentnerstaat, Rentensucht. — Aus dem Bericht der rheinisch-westfälischen Textilarbeitergenossenschaft für 1910. — Jammernde Genossen. — Zum Untergang der Handweber in Schlesien. — Geniketon: Aus dem Berufsleben und der Gedankenwelt der Arbeiterinnen. — Aus der Arbeiterbewegung: Evangelische Arbeiter und christliche Gewerkschaften. — Der Gutenberghund. — Der angebliche „Raub des Selbstverwaltungsrechts“. — Nicht ruppig genug. — Ein „roter“ „Sieg“ in Delmenhorst. — Augen auf! — Die roten Schleifen. — Rebellisch geworden. — Ein Urteil über eine englische Gewerkschaft. — Die Verelendungstheorie. — Der Verband der Arbeitgeber des bergischen Industriebezirks (Sitz Oberfeld). — Eine interessante Entscheidung. — Aus unserer Industrie: Ueber den Geschäftsgang in den Nachener Zuchfabriken. — Verschiebungen im deutschen Konfektionsexport. — Aus den Berichten der Vertreter an verschiedenen Hauptabteilungen der Seidenindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Zur Frage der Sozialbeiträge. — Aus unseren Bezirken: Bezirk Bamberg. — Bericht aus den Ortsgruppen: Forst (Rauß). — Vörrath. — Neufeld D.-S. — Walheim. — Soziale Mundschau: Soziale Zustände in England. — Deutschlands Außenhandel im ersten Halbjahr. — Ein industrielles Königreich. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Sterbetafel. — Literarisches.